

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1983

Linz 1985

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Impressum	4
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	7
Anschriften der Autoren	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Fritz M a y r h o f e r (Linz): Altenwik — Altengwik — Bivium. Ein Beitrag zur Topographie des mittelalterlichen Linz	11
Willibald K a t z i n g e r (Linz): „Die Bürger in Stetten sein Diep, Schelm, Morder . . .“ Zu den sozialen Konflikten in den Städten Oberösterreichs unter Kaiser Maximilian	21
Heidelinde D i m t (Linz): Die Prämienmedaillen der Landschaftsschule in Linz	69
Georg W a c h a (Linz): Zu den Kapuzinern des 17. Jahrhunderts	79
Isfried H. P i c h l e r (Schlägl): Franz Posch (1679—1731). Eine biographische Skizze	89
Josef M i t t e r m a y e r (Oberneukirchen): Bausteine zur Geschichte der Linzer Bürgerverbände. Schützengesellschaft, Bürgerkorps, Nationalgarde	123
Věra Š i m e č k o v á (Brünn, ČSSR): Linz und die Februarereignisse 1934 im Spiegel der tschechoslowakischen Tagespresse	137
Kurt T w e r a s e r (Fayetteville): Der Linz Gemeinderat 1934—1962. Ständestaat, NS-Regime und die Ära Koref	153
Karl A i g n e r (Wien): Die Facetten — ein Modell zur Produktion von Literatur	245
Liselotte S c h l a g e r (Ried i. Innkreis): In memoriam Alfred Marks	287
Buchbesprechungen	289

Als nun aber am Morgen des 26. Septembers die Arbeiter zahlreicher Betriebe in Wien die Arbeit niederlegten, war dies ein Signal auch für Linz. Entgegen den Hoffnungen der SPÖ-Gewerkschafter, daß sie mit dem Warnstreik in der VÖEST die Lage entschärft hätten, forderten die Arbeiter weitere Aktionen. Als Ausweg für die SPÖ schien die Entsendung einer Delegation zur Landesregierung, um mit ihr Verhandlungen zu führen und sich an die Spitze dieser Protestaktion gegen das Lohn- und Preisabkommen zu stellen. So wurde denn auch die Arbeiterdelegation von SPÖ-Betriebsratsobmann Walter Brauneis geführt.²⁴⁷ Allerdings setzten der VdU und die KPÖ durch, daß alle Arbeiter in der Stadt demonstrieren sollten. Damit entglitt der SPÖ für drei Tage die Kontrolle über die Arbeiterschaft. Mit den VÖEST-Arbeitern an der Spitze versammelten sich die Arbeiter aus den meisten Groß- und Mittelbetrieben auf dem Hauptplatz. Ihre Zahl am späten Nachmittag des 26. September 1950 wurde auf 15.000 geschätzt. Die Polizei war machtlos, die Massen zu kontrollieren, ebenso machtlos waren die Funktionäre der Parteien und der Gewerkschaft.

Zur Rolle des VdU ist folgendes zu sagen: Angesichts der Siege bei den Betriebsratswahlen war der Verband optimistisch, seine Stellung in den Betrieben weiter auszubauen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit dem vierten Lohn- und Preisabkommen war auch für ihn eine willkommene Gelegenheit, seinen Einfluß auf Kosten der Sozialisten zu erhöhen. Als Verfechter der freien Marktwirtschaft, die „künstliche“ Kontrollen ausschließt, stand der VdU von vornherein in Opposition zu den Lohn- und Preisabkommen. Die Konsistenz zwischen Ideologie und Einschätzung der taktischen Lage führte die VdU-Funktionäre in der VÖEST zur Unterstützung des Warnstreiks am 25. September 1950, da er ein Mißtrauensvotum gegen den von den Sozialisten dominierten Gewerkschaftsbund, in dem der VdU keine Fraktion hatte, darstellte.²⁴⁸ Der VdU vertrat daher anfangs Interessen, die mit manchen der Kommunisten parallel liefen und ihn dadurch in eine sehr kompromittierende Lage brachten.

Daß Linz in der amerikanischen Besatzungszone lag und die VÖEST ein verstaatlichtes Unternehmen war, brachte sowohl die amerikanischen Militärbehörden als auch die Koalitionsregierung in einige Verlegenheit, denn diese Tatsache schien eine Bestätigung der kommunistischen Behauptung zu sein, daß die Demonstrationen spontan waren. Um diese Eindrücke zu verwischen und die Situation wieder in die Hand zu bekommen, starteten die Bundesregierung und der Gewerkschaftsbund nach anfänglicher Panik und Verwirrung massive propagandistische Gegenaktionen, bei denen vor allem an die „heilige Disziplin der Parteimitglieder, um die Schlagkraft und die Einheit der Arbeiterklasse zu bewahren,“ appelliert wurde.²⁴⁹ Allerdings fielen diese Appelle in Linz auf taube Ohren, denn dort weitete sich der Streik am 27. September 1950 aus. Auch die städtischen Angestellten traten in den Streik, darunter einige als gemäßigt geltende Abteilungen des Magistrats, wie Standesamt und Friedhofsverwaltung.²⁵⁰ Arbeitermassen besetzten die Arbeiterkammer und brachten den gesamten Verkehr zum Stillstand. Die Polizei war außerstande, wichtige Gebäude zu schützen. Es kam beinahe zum „Linzener Fenstersturz“ als der Präsident der Arbeiterkammer und Vorsitzende der Landesexekutive des ÖGB, Heinrich Kandl, tätlich angegriffen und zum Rücktritt gezwungen wurde. Im Gefolge dieser Ausschreitungen kam es zur Bildung einer provisorischen Landesexekutive des Gewerkschaftsbundes, die im Namen der Arbeiter Österreichs den Rücktritt der gesamten Führerschaft des ÖGB forderte und Streikaufrufe an

²⁴⁷ Brauneis war zur Zeit des Streiks Betriebsratsobmann in der VÖEST, Bezirksobmann der Gewerkschaft für Metall- und Bergarbeiter und Gemeinderat der Stadt Linz und wurde 1956 Mitglied des Nationalrats. AStL, Mandatarskartei.

²⁴⁸ Aufruf der Unabhängigen Mitglieder des VÖEST-Betriebsrates vom 26. September 1950. In: Die Neue Front, 30. September 1950.

²⁴⁹ Gruber — Hörzinger, Preistreiberpakt (wie Anm. 236), 67.

²⁵⁰ Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 290.

die Betriebe richtete.²⁵¹ Gleichzeitig besetzten Streikende die Bahnhöfe in Linz, blockierten die Schienen und gingen von Betrieb zu Betrieb, wo sie Nichtbeteiligte am Streik bedrohten.²⁵² Augenscheinlich waren an diesen Aktionen nicht nur Kommunisten, sondern auch Angehörige des VdU beteiligt.²⁵³

Diese Ereignisse waren allerdings der Höhepunkt des Streiks in Linz, denn nunmehr begannen sich die propagandistischen und organisatorischen Gegenmaßnahmen auszuwirken. In der Wahl der Argumente war man nicht zimperlich. SPÖ und ÖGB beschuldigten die Kommunisten, daß sie den Streik nur dazu benützten, um die Öffentlichkeit von ihren wirklichen Zielen abzulenken, nämlich die Regierung zu stürzen und die Volksdemokratie zu errichten. Es handelte sich um keinen ökonomischen Streik, sondern um einen gefährlichen Angriff auf eine demokratisch gewählte Regierung durch eine Allianz von kommunistischen und faschistischen (VdU) Verschwörern.²⁵⁴ Andererseits wurde in Linz von der SPÖ erfolgreich versucht, den VdU für den Abbruch des Streiks zu gewinnen. Die Belegschaft der Stickstoffwerke, in denen der Betriebsrat eine VdU-Mehrheit hatte, nahm bereits am 28. September die Arbeit wieder auf.²⁵⁵ Auch in der VÖEST forderten am 28. September die Vertreter des VdU im Streikkomitee die Arbeiter auf, an den Arbeitsplatz zurückzukehren, um den Betrieb gegen kommunistische Sabotage zu schützen.²⁵⁶ Der Polizei und der Gendarmerie gelang es, verstärkt durch ein von den Amerikanern ausgebildetes und ausgerüstetes „Alarmbataillon“, die Situation in der Stadt zu stabilisieren.²⁵⁷ Eine Besetzung der VÖEST durch die Gendarmerie wurde allerdings von Brauneis abgelehnt, der sich augenscheinlich bereits stark genug fühlte, die Arbeiter mit anderen Mitteln zum Arbeitsplatz zurückzubringen.²⁵⁸ In der VÖEST verlor der Streik rasch an Schwung. Am 29. September 1950 versammelten sich zwar noch 6.000 Arbeiter, doch waren die Betriebsräte der SPÖ und des VdU im Streikkomitee nicht mehr vertreten. Die Isolierung der KPÖ zeichnete sich ab. Den sozialistischen Arbeitern war nunmehr klargemacht worden, daß der Streik ein Attentat auf die Verstaatlichung, den Kernpunkt des Einflusses der österreichischen Arbeiterbewegung, darstellte.²⁵⁹ Letzten Endes kamen die Arbeiter zum Schluß, daß das Lohn- und Preisabkommen doch besser sei als die Revolution, die — wie ihnen von der sozialistischen Führerschaft glaubhaft gemacht worden war — die Kommunisten geplant hätten. Am Wochenende fühlten sich die Vertreter der SPÖ, des VdU und der ÖVP stark genug, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, dem 2. Oktober, aufzufordern. An der zweiten Streikphase, die am 4. Oktober begann, war Oberösterreich nur mehr sehr geringfügig beteiligt.²⁶⁰ In Linz war es jedenfalls bemerkenswert ruhig.

Was waren nun die Ergebnisse dieser Krise in Linz? Die SPÖ erlitt einen heilsamen Schock. Sie fand, daß angesichts der Leichtigkeit, mit der unter gewissen Umständen der VdU und die KPÖ

²⁵¹ Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus (wie Anm. 123), 196.

²⁵² Stenographische Protokolle des Nationalrats, 12. Oktober 1950, 1098—1100.

²⁵³ Gruber — Hörzinger, Preistreiberpakt (wie Anm. 236), 65f.

²⁵⁴ Klenner, Putschversuch (wie Anm. 236), 29—31.

²⁵⁵ Gruber — Hörzinger, Preistreiberpakt (wie Anm. 236), 77. Ironischerweise hatten die Arbeiter in den USIA-Betrieben in Wien bereits am 27. September die Arbeit wieder aufgenommen. Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 293.

²⁵⁶ Bericht des VÖEST-Streikkomitees vom 28. September 1950. In: Die Neue Front, 7. Oktober 1950.

²⁵⁷ Aus diesen „Alarmbataillonen“ entwickelte sich die B-Gendarmerie und schließlich das Bundesheer. Dazu siehe Johann Christoph Allmeyer-Beck, Landesverteidigung und Bundesheer. In: Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 1, 357—361.

²⁵⁸ Gruber — Hörzinger, Preistreiberpakt (wie Anm. 236), 70.

²⁵⁹ Linzer Tagblatt, 29. September 1950.

²⁶⁰ Es half auch, daß die Polizei am 2. Oktober einige KPÖ- und VdU-Funktionäre, die an der Besetzung der Arbeiterkammer beteiligt waren, verhaftet hatte. Baader, Austria between East and West (wie Anm. 128), 174.

die Basis der Arbeiterbewegung mobilisieren konnten, es hoch an der Zeit war, eine durchschlagskräftigere Organisation in den Betrieben aufzubauen und die Kompetenzverwirrungen, die sich aus den Überschneidungen zwischen Partei, Gewerkschaft und Betriebsräten ergaben, zu beseitigen.²⁶¹ Weiters war es an der Zeit, Kommunikationstechniken zu entwickeln, die ein etwas engeres Verhältnis zwischen Führung und Basis ermöglichten. Auf der positiven Seite hatte die SPÖ nunmehr bewiesen, daß die Furcht vor der Umwandlung Österreichs in eine Volksdemokratie durch ein Zusammenwirken von Sozialisten und Kommunisten unbegründet war, obwohl es eines solchen Beweises in Linz wirklich nicht bedurft hätte. Die ÖVP wurde in ihrer Annahme bestärkt, daß eine konsequentere Wirtschaftspolitik eventuell notwendig wäre, um dem „Fortwursteln“ mit den Lohn- und Preisabkommen ein Ende zu setzen. Der VdU verlor durch seinen opportunistischen Versuch einer Parallelaktion mit den Kommunisten sowohl in den Augen seiner bürgerlichen wie seiner proletarischen Anhänger an Vertrauen. Der Linzer VdU stand nicht abseits, sondern war aktiv am Streik aber auch am Streikbruch beteiligt.²⁶² Diese Zweideutigkeit des Verhaltens war jedenfalls nicht geeignet, das bereits getrübt Image des VdU aufzupolieren. Die Kommunisten waren die großen Verlierer des Streiks, denn für sie war nunmehr der Traum von der Einheit der Arbeiterbewegung für alle Zeiten ausgeträumt.

Überdies hatte die Krise bewiesen, daß keine der Supermächte, weder die Russen noch die Amerikaner, bereit waren, sich von ihrer Klientel in Oberösterreich unter Zugzwang stellen zu lassen. Die Amerikaner reagierten auf den Streik mit äußerster Vorsicht. Versuche der Bundesregierung und der oberösterreichischen Landesregierung, die Amerikaner zum Eingreifen zu veranlassen, wurden kühl abgewiesen. Die Vereinigten Staaten waren zu jener Zeit in Korea engagiert und mit ihren noch immer begrenzten militärischen Ressourcen an einer Konfrontation in Österreich nicht interessiert.²⁶³ Dasselbe Desinteresse an einer militärischen Konfrontation muß den Russen attestiert werden.²⁶⁴ In Österreich und Mitteleuropa wollten sie Ruhe haben. Daher waren letzten Endes die Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht während des Streiks eher darauf ausgerichtet, große Zusammenstöße zu vermeiden. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß die SPÖ in ihrer letzten Auseinandersetzung mit den Kommunisten von der russischen Besatzung in zweifacher Hinsicht profitierte. Einmal war es der Hemmschuh der sowjetischen Besatzungsmacht, der die österreichischen Kommunisten davon abhielt, „hemmungslos“ zu agieren. Zum anderen hätte es ohne russische Besatzung gewiß einen „hemmungslosen“ Generalstreik gegeben, der die Autorität der SPÖ-Führung über ihre Basis auf lange Zeit hin erschüttert und diskreditiert hätte.²⁶⁵

²⁶¹ Shell, Transformation (wie Anm. 198), 42.

²⁶² Diese Zwielfichtigkeit des VdU ist wohl der Grund dafür, daß Reimann ein Kapitel seines Buches mit „Generalangriff der KPÖ“ betitelt und sich dann über das Verhalten des VdU ausschweift. Siehe Reimann, Dritte Kraft (wie Anm. 202), 194.

²⁶³ Baader, Austria between East and West (wie Anm. 128), 166.

²⁶⁴ Dazu das ausgewogene Urteil bei Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 294f.

²⁶⁵ Die Frage, ob kommunistischer Putsch oder nicht, wird nicht so sehr von den Fakten beantwortet, die ja nicht für sich selbst sprechen, sondern von den Grundannahmen, die man zur Analyse der Fakten bringt. Nimmt man in einer orthodoxen Interpretation an, daß die Sowjetunion darauf aus war, in Österreich eine Volksdemokratie zu errichten, wird aus dem Streik ein Putschversuch. Eine revisionistische Interpretation des Kalten Krieges, die der Sowjetunion im Zweifelsfalle recht gibt, macht aus dem Streik eine reine Spontanaktion. Eine differenzierte Annahme, die der Sowjetunion zubilligt, keine territorialen und ideologischen Ambitionen in Österreich gehabt zu haben, wohl aber das Ziel, Österreich wirtschaftlich auszu-beuten, kommt zum Schluß, daß die ökonomischen Interessen, denen ein Streik abträglich gewesen wäre, das Verhalten der Sowjetunion bestimmten. Zu einer Interpretation der sowjetischen Politik mit der Argumentation, daß die Russen nicht darauf zielten, Österreich in eine Volksdemokratie zu verwandeln, da sie ihre ökonomischen Ziele in ihrer Zone ohne totale politische Kontrolle verwirklichen konnten, siehe

Die Stadt Linz kehrte nach den aufregenden Tagen der Monatswende rasch zu „normalen“ Verhältnissen zurück. Der Streik war der Hintergrund für eine lebhaft debattierte Forderung der Gemeindebediensteten, einen Teil des 13. Monatsgehaltes als Vorschuß zu erhalten.²⁶⁶ Da aber alle Parteien „Butter am Kopf“ hatten, war es in ihrem Interesse, die Angelegenheit möglichst schonend zu behandeln. Im Dezember 1950 ergab sich aber doch eine bizarre Nachwirkung des Streiks. Koref teilte dem Gemeinderat mit, daß gegen den bereits Mitte 1950 vom VdU ausgeschlossenen Gemeinderat Rüdissner die Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung wegen einer strafbaren Handlung im Zusammenhang mit den Ereignissen zur Monatswende September–Oktober eingeleitet habe und daß nach dem Gemeindestatut Rüdissner seines Mandates für die Dauer der Voruntersuchung enthoben werden müsse.²⁶⁷

Der Streik hatte natürlich nichts am Reallohnverlust der Arbeiter und Angestellten geändert. Besonders betroffen waren die öffentlichen Angestellten. Die Personalvertretung des Magistrats trat daher an den Gemeinderat mit der Forderung nach einer Weihnachtsremuneration heran und begründete sie mit einer langen Anklageliste, so etwa, daß in Linz der Personalabbau rücksichtsloser als anderswo betrieben würde und daß die Gemeinde Geld für den Hafen, für ein Stadion, für Kunstschulen und Galerien, aber nicht für ihre Bediensteten habe. Koref wies die Forderung der Personalvertretung als unverantwortlich zurück und machte unwirsch darauf aufmerksam, daß die Art und Weise, wie die Stadt die Steuergelder der Bevölkerung verwende, der Gemeinderat entscheide und nicht die Gewerkschaft der Magistratsbediensteten.²⁶⁸ Daraus ist wohl Korefs Verärgerung über die Beteiligung einer ansehnlichen Zahl von Magistratsangestellten am Streik herauszulesen. Andererseits erlaubten zu diesem Zeitpunkt die schwierigen Verhandlungen über den Finanzausgleich der Stadt Linz keine Extratouren.

Der Finanzausgleich wurde eine herbe Enttäuschung. Selbst der gemäßigte Scherleitner bezeichnete ihn als ein Finanzdiktat des Bundes. Die Budgetdebatte 1951 war aber, von den nicht überraschenden scharfen Angriffen der Kommunisten abgesehen, sehr zahm.²⁶⁹ Das Hauptproblem der Stadt war, daß sie aus ihren ordentlichen Mitteln keine nennenswerte kommunale Bautätigkeit durchführen konnte und die Investitionstätigkeit daher hauptsächlich im außerordentlichen Haushalt durch Darlehen abgedeckt werden mußte. Da aber der Schuldendienst der Stadt mit 3½ % der Reinausgaben noch verhältnismäßig niedrig war, konnte dieser Weg beschritten werden. Allerdings war klar, daß die Wohnungsfrage nur durch eine Sonderregelung, eine Lex Linz, außerhalb des Finanzausgleichs geregelt werden konnte. Die ÖVP forderte wie üblich die Begünstigung des Kleingewerbes bei der Steuerfestlegung und verwahrte sich gegen die Erweiterung von städtischen Konkurrenzunternehmen. Der VdU zeigte die charakteristische Arbeitsteilung. Mit Rachbauer brach er seine soziale Lanze für den Wohnungsbau und die Gleichberechtigung der Volksdeutschen, die Vertreter des Klein- und Mittelgewerbes wetterten gegen die Verstaatlichung und andere Sozialisierungstendenzen. Die Frage der Gewerbesteuererstattungen für die verstaatlichten Betriebe war allerdings eine leidige Angelegenheit, die dringend einer Rege-

Martin F. Herz, *The View from Austria*. In: *Witnesses to the Origins of the Cold War*. Thomas T. Hammond, ed., Seattle 1982, 161–185. Herz war amerikanischer Vizekonsul und führender Österreichfachmann zwischen 1947 und 1949 in Wien.

²⁶⁶ AStL, GPR 30. Oktober 1950.

²⁶⁷ AStL, GPR 4. Dezember 1950. Alois Rüdissner war ein Facharbeiter bei der ESG, der sich im Oktoberstreik besonders radikal gebärdet hatte. Sein Mandat ruhte von 4. Dezember 1950 bis 14. Jänner 1952; er verlor sein Mandat endgültig durch Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes im Jahre 1955. Rüdissner wurde von seinen ehemaligen Kameraden im VdU als verantwortungsloser Renegat bezeichnet und in die Ecke zu den Kommunisten verbannt, wo er dann von Zeit zu Zeit in den kommunistischen Chor gegen die sozialistisch-kapitalistischen Profithyänen einstimmt. AStL, Mandatarskartei.

²⁶⁸ AStL, GPR 8. Jänner 1951.

²⁶⁹ AStL, GPR 10. Februar 1951.

lung bedurfte. Darüber waren sich alle Parteien einig. Im Kontext des damals aktuellen Stockholmer Friedensappells griff der Sprecher der KPÖ die bescheidenen österreichischen Versuche, ein *Bundesheer aufzustellen, auf das schärfste an und bezeichnete das Bundespräzipuum als ein getarntes Rüstungsprogramm der Koalitionsregierung*. Er konnte es sich auch nicht versagen, an die Rolle der Gendarmerie gegen die Linzer Arbeiter und Angestellten während ihres heroischen, berechtigten und viel verleumderten Kampfes gegen das vierte Lohn- und Preisabkommen zu erinnern.²⁷⁰ Also nichts Neues im Linzer Gemeinderat.²⁷¹

Die Bundespräsidentenwahl vom Mai 1951 ließ die politischen Leidenschaften wieder aufflammen. Die Wahl war die letzte große Chance für den VdU, maßgeblichen Einfluß auf die Bundespolitik zu nehmen. Trotz des Aufflackerns des alten Erbübels der Deutschnationalen, nämlich der Selbstzerfleischung, das bereits 1950 in Linz und Oberösterreich fröhliche Urständ gefeiert hatte,²⁷² gelangen dem VdU noch einige Erfolge in den Betrieben.²⁷³ Der dem VdU nahestehende überparteiliche Kandidat Dr. Burghard Breitner war persönlich unanfechtbar und politisch eine Null, was gerade seine Attraktivität für weite Schichten der Bevölkerung erklärte, die mit dem hochpolitisierten Charakter des öffentlichen Lebens unzufrieden waren.²⁷⁴ Trotzdem setzten sich im ersten Wahlgang am 6. Mai 1951 die Parteiloyalitäten weitgehend durch. Im Vergleich zum Stimmenanteil des WdU bei der Nationalratswahl 1949 war die Zahl der Breitner-Wähler in allen Bundesländern mit Ausnahme Oberösterreichs höher, was nicht überraschend kam, da der oberösterreichische Landeshauptmann Gleißner Präsidentschaftskandidat der ÖVP war. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch. Dies kam nicht überraschend, da bei Präsidentschaftswahlen Wahlpflicht besteht. Der sozialistische Kandidat Körner erzielte 41 % der Stimmen in Linz im Vergleich mit 42,4 % sozialistischer Stimmen bei der Gemeinderatswahl 1949, also ein leichter Rückgang. Gleißner erreichte 26,4 % der Stimmen (gegenüber 24 % der ÖVP 1949), Breitner 26,5 % (gegenüber 28,12 % des WdU 1949) und der Kommunist Fiala 5,4 % (gegenüber 4,9 % 1949). (Siehe Tabellen 2 und 3) Die Wahl zeigte, daß es der SPÖ schwer fiel, in die national gesinnten Schichten der Arbeiter und Angestellten einzubrechen, solange der VdU eine halbwegs geschlossene Partei war.

Das wirkliche Feuerwerk kam mit der Stichwahl am 27. Mai 1951. Da die ÖVP im ersten Wahlgang eine Rufmordkampagne gegen Breitner geführt hatte, war es ihr unmöglich, ihn nun ohne Gesichtungsverlust als überparteilichen Kandidaten zu akzeptieren. Zudem war die ÖVP wohl etwas zu

²⁷⁰ AStL, GPR 10. Februar 1951.

²⁷¹ Eine vorübergehende Ermattung der politischen Leidenschaften nach den Aufregungen des Oktoberstreiks ist auch aus der großen Speiseeisdebatte vom März 1951 ersichtlich. Der Anlaß war die Einbeziehung des Speiseeises in die Getränkesteuer. Gleich zwei Fraktionen des Gemeinderates ereiferten sich über den Unfug des Eisessens, da es ja bekanntlich nicht nur die Zähne, sondern auch den Charakter der Jugend verdirbt. AStL, GPR 5. März 1951.

²⁷² Bereits im Februar 1950 trat der Linzer Nationalratsabgeordnete des VdU, Oskar Huemer, ein profilierter Vertreter des Arbeiterflügels, aus der Partei aus. Dann kam es augenscheinlich auf Betreiben des nationalen Flügels zum Sturz des VdU-Landesobmanns Neumann, auch er ein Vertreter des Arbeiterflügels. „Damit war alle Hoffnung zerstört, daß der sozial ausgerichtete Flügel der Partei die Oberhand über die nationale Gruppe gewinnen konnte“ Reimann, Dritte Kraft (wie Anm. 202), 221–225.

²⁷³ So errang der VdU bei den Betriebsratswahlen in der Elektrobau-AG (250 Arbeiter und Angestellte) sechs Mandate, die SPÖ nur ein Mandat, die KPÖ sowie der ÖAAB gingen leer aus. Der VdU-Betriebsrat, Landtagsabgeordneter und Gemeinderat Engelbert Specht wurde Betriebsratsobmann. Reimann, Dritte Kraft (wie Anm. 202), 234.

²⁷⁴ Es scheint, daß beim Fehlen einer stabilen ideologischen Basis das dritte Lager seine besten Wahlchancen hat, wenn es sich um eine starke Persönlichkeit ohne parteipolitische Bindungen schart. Dies wurde bereits in der Zwischenkriegszeit mit der Kandidatur Dr. Schobers bewiesen, einem über den Parteien stehenden Beamten, der Integrität, Recht und Ordnung verkörperte.

selbstsicher in ihrer Annahme, daß die Breitner-Wähler in ihrer Mehrzahl für den bürgerlichen Kandidaten stimmen würden, insbesondere da sich die Kommunisten entschieden hatten, in der Stichwahl Körner zu unterstützen und der sozialistische Kandidat sich in seiner Haltung gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten außergewöhnlich unversöhnlich gezeigt hatte.²⁷⁵ Allerdings konnte man erwarten, daß eine beträchtliche Zahl der VdU-Wähler unter den Arbeitern und Angestellten sich Körner zuwenden, während bürgerliche Breitner-Wähler für Gleißner stimmen würden. Die große Unbekannte war die Zahl jener Wähler, die aus Protest ungültige Stimmzettel abgeben würden. Unter der Annahme, daß die Kommunisten (rund 5.000 Stimmen im 1. Wahlgang) für Körner stimmten, sollte er mit den Sozialisten ca. 48.000 Wähler angezogen haben. Da er aber über 58.000 Stimmen erzielte, mußten ungefähr 10.000 ursprüngliche Breitner-Wähler für den sozialistischen Kandidaten gestimmt haben. Nimmt man weiters an, daß zumindest 6.000 von über 8.000 ungültigen Stimmen von Breitner-Wählern abgegeben wurden, ergibt das eine Gesamtzahl von rund 21.000 Breitner-Wählern (27.000 im 1. Wahlgang minus 6.000 Ungültige im 2. Wahlgang), die sich etwa halb und halb zwischen SPÖ und ÖVP aufsplitterten. (Siehe Tabelle 2 und 3.) Prozentuell entschieden sich 38 % für die SPÖ, 38 % für die ÖVP und rund 24 % der Breitner-Wähler votierten ungültig.²⁷⁶ Vom Standpunkt der Großparteien in Linz war das Wahlergebnis ein Unentschieden. Keiner war es gelungen, eine disproportionale Anzahl von Breitner-Wählern anzuziehen. Interessant für beide Parteien waren wohl die „Ungültigen“ die, vermutlich zerrissen zwischen ihrem Antiklerikalismus und Antimarxismus, es vorzogen, die Pest auf beide Großparteien herabzuwünschen. Dies konnte sich allerdings ändern.

Das alles überschattende Problem, das die Gemüter in Linz berechtigterweise erhitzte, war die Wohnungsnot. Im Jahre 1951 betrug das Defizit in Linz 21.344 Wohnungen, 1955 noch immer 20.241. Trotz kräftiger Bautätigkeit — der Wohnungszugang zwischen 1951 und 1955 betrug 5.724 — war das Defizit nur um 1.103 Wohnungen gefallen.²⁷⁷ Das Defizit ist nicht nur aus den ungenügenden Mitteln, die von Bund und Land zum Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurden, erklärlich, sondern auch vom anhaltenden Trend zu Kleinfamilien, der Tendenz zu früheren Haushaltsgründungen, des Abbruchs von baufälligen Wohnhäusern und leider auch von Zweckentfremdungen von Wohnungen.²⁷⁸ Jedenfalls war eine Politik, die nicht in der Lage schien, eine verbesserte Wohnungsverorgung für breite Schichten der Bevölkerung zu realisieren, ein Politikum allerersten Ranges. Vom Standpunkt Korefs aus war der enorme Wohnungsnotstand durch ein Versagen der Bundeswohnbaupolitik seit 1945 verursacht worden.²⁷⁹ Eine etwas

²⁷⁵ Reimann, Dritte Kraft (wie Anm. 202), 237.

²⁷⁶ Auf Bundesebene wählten etwa 40 % der Breitner-Wähler Gleißner und 40 % Körner, während 20 % sich einer gültigen Stimme enthielten, was die Linzer Ergebnisse nicht außergewöhnlich erscheinen läßt. Zum häßlichen Wahlkampf im 2. Wahlgang, der augenscheinlich in Linz auf Grund der maßgeblichen Persönlichkeiten Koref und Gleißner weitaus gemäßigter geführt worden war, siehe Kollman, Theodor Körner (wie Anm. 151), 352—355.

²⁷⁷ Siehe dazu Beiträge zur Raumforschung im Großraum von Linz: Die Wohnungsnot in Oberösterreich. Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1957, 25—30. Besonders wertvoll ist die Studie von Franz Seelinger, Grundlagen der Linzer Stadtplanung, Linz 1968, 50. Für 1961, dem letzten Jahr der Ära Koref, stellte Seelinger fest, daß mit 61.300 Wohnungen und 77.000 Haushalten trotz reger Wohnbautätigkeit noch immer ein quantitativer Fehlbestand von mehr als 16.000 Wohnungen bestünde.

²⁷⁸ Die Verkleinerung und Vermehrung der Haushalte wird bestätigt von Erich Bodzenta und Laszlo Waskovics, Soziale Faktoren städtischen Wohnbaus (Am Beispiel Linz), I. Bd., Linz 1973, 43. Kamen um 1900 noch 4,33 Personen auf einen Haushalt, so 1934 nur mehr 3,32 Personen, 1951 2,75 Personen und 1961 nur 2,54 Personen. Daß darin eine deutliche Verbesserung der Wohnungskultur in Linz (niedrigerer Belag) zum Ausdruck kommt, wird vielfach übersehen. Unglücklicherweise bedeutete das auch, daß nur die Hälfte der Neubauwohnungen zur Verringerung des alten Wohnungsdefizits dienten.

²⁷⁹ Siehe Ernst Koref, Linz — eine Stadt des Aufbaus. In: der aufbau, Okt.—Nov. 1959, Nr. 10/11, 362—364.

andere Staatsversagensthese wurde von den der ÖVP und dem VdU nahestehenden Hausbesitzern vorgetragen: Die Wohnungsnot war staatlich produziert, und zwar durch den Mieterschutz. Eine Ankurbelung der Kräfte des freien Marktes würde die Wohnungsnot beenden. Die Politisierung der Wohnungsfrage wurde in Linz vor allem vom VdU betrieben. So drohte der Wohnungsreferent Rachbauer an, eine Demonstration der Wohnungssuchenden auf dem Hauptplatz zu veranstalten.²⁸⁰ Ein paar Monate später forderte der VdU die Zurückstellung aller Bauvorhaben, die nicht dem Wohnungsbau dienten, darunter z. B. die Aufstockung einer Schule und den Ausbau der Säuglings- und Kinderkrippe.²⁸¹ Eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates, die als ein von allen Parteien getragener Appell der Stadt an die Bundesregierung, die Linzer Wohnungsnot zu lindern, gedacht war, benutzten die Sprecher des VdU dazu, die Wohnbaupolitik der Zweiten Republik mit der der NS-Zeit zu vergleichen. Unter stürmischem Beifall der Galerie kamen sie dabei zu wenig schmeichelhaften Schlüssen für die Republik. Was als sachliche Debatte begonnen hatte — Finanzreferent Scherleitner hatte die Auflegung einer 100-Millionen-Schilling-Wohnbauanleihe vorgeschlagen — endete in unwürdigen gegenseitigen Beschuldigungen. Ein namhafter Teil der eingeladenen hohen Gäste, wie der Bundesobmann des VdU, Kraus, verließen vorzeitig den Sitzungssaal.²⁸²

Die vorgeschlagene Anleihe wurde allerdings ein Opfer der vom Finanzministerium lancierten Stabilisierungspolitik. Da das fünfte Lohn- und Preisabkommen 1951 die inflationären Tendenzen nicht eindämmen konnte, hoffte man, daß eine straffe Kreditpolitik erfolgreicher wäre.²⁸³ Es ist schwer zu sagen, ob angesichts der finanziellen Zwangssituation und des Wachstumspaktes zwischen SPÖ und ÖVP eine Alternative zur Politik des wenn möglich „unpolitischen Fortwurstelns“ im Wohnungswesen gegeben war. Wie Scherleitner ausführte, waren theoretisch Alternativen gegeben.²⁸⁴ Da war einmal die Einführung einer progressiven Wohnsteuer à la Breitner im Wien der Zwischenkriegszeit Anathema für bürgerliche Politiker. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, den Wohnbau aus privaten Mitteln zu finanzieren, was wahrscheinlich mit einer wüsten Bodenspekulation und mit einer steigenden Grundrente verbunden gewesen wäre, Anathema für die SPÖ. Beide Alternativen waren außerhalb des Wachstumspaktes. Eine andere Möglichkeit war noch, durch eine *Lex Linz* eine Sonderregelung zu erzielen, was politisch gesehen ein Luftschloß war. Die zwei großen Alternativen zur Lösung der Wohnungsnot bei gleichzeitiger Erhöhung der Wohnkultur, nämlich das Wohnungswesen als normales Investitionsgebiet dem Privatkapital zu überlassen, was eine Aufhebung staatlicher Mietkontrolle implizierte, oder den Wohnungssektor, als total vom Markt losgekoppelt, nur durch die öffentliche Hand zu finanzieren, waren politisch in Reinkultur nicht durchzusetzen. Die im Rahmen des Wachstumspaktes adoptierte Wohnbaupolitik war eine Mischung eines von der Stadt direkt oder indirekt durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz sowie anderer genossenschaftlicher Unternehmungen finanzierten Wohnungsbaus, in Verbindung mit den bescheidenen Mitteln, die aus der Wohnbauförderung des Bundes und Landes flossen.²⁸⁵ Durch die unermüdlichen Interven-

Dieser Band enthält aufschlußreiche Betrachtungen von Linzer Kommunalpolitikern und Fachleuten, die auch Wohnungsfragen berühren.

²⁸⁰ AStL, GPR 9. April 1951.

²⁸¹ AStL, GPR 10. August 1951.

²⁸² AStL, GPR 29. Oktober 1951.

²⁸³ AStL, GPR 5. Mai 1952 und 6. Juni 1952. Auch Brusatti, Entwicklung (wie Anm. 138), 441—442, und Felix Butschek, Struktur- und Integrationsprobleme (wie Anm. 234), 523f.

²⁸⁴ AStL, GPR 29. Oktober 1951.

²⁸⁵ Dazu Fritz A. Kühberger, Der genossenschaftliche Wohnungsbau in Linz, In: der aufbau, Okt.—Nov. 1959, Nr. 10/11, 412. Zur GWG Linz siehe Wilhelm Kolb — Robert Flatz, Der soziale Wohnungsbau in Linz. In: der aufbau, Okt.—Nov. 1959, Nr. 10/11, 409—411. Dazu auch GPR 28. April 1958.

tionen Korefs bei seinen Parteifreunden im Sozialministerium war es möglich, Linz in die Sonderregelung für Wohnungsnotstandsgemeinden im Rahmen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds einzubauen. Darüber hinaus verstand es Koref meisterhaft die Durchführungsvorschriften zum Wiederaufbaugesetz 1954 auszunützen, um wesentlich kürzere Wartezeiten für Linzer Wiederaufbauprojekte zu erreichen.²⁸⁶ Daß diese Politik des „Fortwursteln“ sehr weit von rationaler Stadtplanung entfernt war, sollte nicht überraschen.²⁸⁷ Es war auch zu erwarten, daß ein System der Wohnungszuweisung, das Bedarf und Parteizugehörigkeit vielfach verband, zu Eifersucht und Bitterkeit bei den Abgewiesenen führen mußte. Daraus ließ sich politisches Kapital schlagen. Gerade der Versuch des VdU, aus diesen Problemen taktische Vorteile zu ziehen, weist auf seine noch nicht vollzogene Integration in das gemeinderätliche Wertesystem hin. Der Unmut Korefs zeigte sich in einem scharfen Angriff auf den VdU. Er forderte etwas größere Bescheidenheit seitens jener, die zum Teil mitschuldig an der Not des Volkes waren, was vom Sprecher des VdU, Mold, unter großem Beifall der Galerie entrüstet zurückgewiesen wurde. Die Kriegsschuldfrage transformierte sich dann in eine große Debatte über die Einschränkung der Kleintierhaltung zur Bekämpfung der Rattenplage im dichtbesiedelten Stadtgebiet. Vom Tragischen zum Lächerlichen, von der Mitverantwortung für den Zweiten Weltkrieg zur Kaninchenzucht, war eben auf gemeinderätlicher Ebene nur ein kleiner Schritt.²⁸⁸

Es war ein Glück für die Gemeindekasse, daß endlich ein Übereinkommen über die Nachzahlung der von der verstaatlichten Industrie geschuldeten Gewerbesteuer erzielt werden konnte.²⁸⁹ Die Höhe der Zahlungen wurde aber immer von den Erfordernissen der Produktion und der Produktivität bestimmt.²⁹⁰ Unzweifelhaft wurde aber die Gewerbesteuer in den fünfziger Jahren zu einer Haupteinnahmequelle der Stadt, während die Grundsteuer, auf die man große fiskalische Hoffnungen gesetzt hatte, stagnierte.²⁹¹ Das neue Finanzausgleichsgesetz 1959, das eine Teilung der Gewerbesteuer zwischen Gemeinde und Bund im Verhältnis 60 : 40 vorsah, hatte zunächst

²⁸⁶ Kolb — Flatz, Sozialer Wohnungsbau (wie Anm. 285), 410f.

²⁸⁷ Es besteht kein Zweifel, daß die Hartnäckigkeit, mit der die Sozialisten den Mieterschutz verteidigten, die Privatinitiative im Wohnbau lähmte. Hält man sich allerdings die Alternative vor Augen — Slumbildung und größere gesellschaftliche Segregation als Folge einer rapiden Expansion privater Wohnbauten — so kommt man wohl zu einer weniger kritischen Einschätzung der damaligen Wohnungspolitik. Ein scharfer Angriff auf die Wohnungspolitik der Sozialisten bei Shell, Transformation (wie Anm. 198), 237—242. Zu einer positiven Einschätzung des Mieterschutzes siehe Wilhelm Kainrath, Das Mietrecht als Instrument zur Verhinderung von Slums. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 82/4, 455—463.

²⁸⁸ ASiL, GPR 23. Juli 1951.

²⁸⁹ Linz, Aufbau und Leistung 1945—1954, Linz 1955, 437ff.

²⁹⁰ ASiL, GPR 17. Februar 1956.

²⁹¹ ASiL, GPR 17. Dezember 1956. Siehe dazu auch den bemerkenswert offenen Aufsatz von Theodor Grill, Finanzierung der Stadt Linz. In: der aufbau, Okt.—Nov. 1959, Nr. 10/11, 369—373. Grill führte u. a. aus, daß 1937 die Grundsteuer noch 30 % des gesamten Steuerertrages einbrachte, während in den fünfziger Jahren der Anteil auf 8 % gesunken war, daß rund die Hälfte der Verschuldung der Stadt auf die Bemühungen um den Bau von Wohnungen zurückzuführen war und daß der Finanzausgleich regelmäßig auf Kosten der Gemeinde erfolgte. Sowohl gegenüber dem Bund als auch dem Land war die Bilanz zwischen Finanzhilfen an die Stadt und Beiträgen der Stadt zum Bundes- und Landesbudget negativ. Die Bedeutung der Einnahmen, die der Stadt aus dem Finanzausgleich zufließen, sank daher auch ständig, wie aus folgenden Ziffern ersichtlich ist:

Bundesabgabenertragsanteile als Anteil des städtischen Budgets gegenüber den gesamten ordentlichen Einnahmen (Angabe in Prozenten):									
1948	25,0	1950	20,1	1952	16,8	1954	12,2	1956	12,9
1949	22,2	1951	19,2	1953	13,8	1955	11,7	1957	12,2
								1958	11,0

Grill wirft auch Licht auf die berechnete Unzufriedenheit des Magistratspersonals. Die Investitionen der

wenig Einfluß auf den erfreulichen Aufwärtstrend in der Einnahmenentwicklung der Stadt. In der Abhängigkeit der Stadt von der Gewerbesteuer lag eine gewisse Gefahr, da diese Steuer konjunkturbedingt war.²⁹² Am Ende der Ära Koref war die Verschuldungsquote pro Kopf der Linzer Bevölkerung zwar 1.250 Schilling, was aber im Vergleich mit anderen Gemeinden durchaus günstig war.²⁹³ Die gute finanzielle Entwicklung der Stadt führte zu einer Entschärfung der politischen Differenzen zwischen den Parteien, oder präziser ausgedrückt, wenn es zu Zusammenstößen kam, basierten diese eher auf ideologischen als auf strikt materiellen Interessen.

Im Verhältnis zwischen SPÖ und ÖVP war es vor allem die von der SPÖ betriebene Kommunalisierung des Bestattungswesens, das zu Stimmenthaltungen und Kampfabstimmungen führte, da sich die ÖVP auf den Standpunkt stellte, daß die Erwerbung wirtschaftlicher Unternehmungen durch die Stadt als Konkurrenz für die Privatwirtschaft abzulehnen sei. Allerdings fand sich die ÖVP in der schwierigen Lage, das Argument der SPÖ zu entkräften, daß die Kommunalisierung des Bestattungswesens eigentlich eine Idee Dr. Luegers gewesen war.²⁹⁴ Auf anderen Gebieten führte die günstige finanzielle Entwicklung zum Ausgleich von Differenzen zwischen den Großparteien, wie beispielsweise in der Frage der Kirchenrenovierung und der Freilernmittel für Privatschüler. Ganz im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit, während der eine Lösung dieser Frage an der Starrköpfigkeit der zwei Parteien gescheitert war, führte die gemäßigte Kultur der Nachkriegszeit zu gegenseitigem Entgegenkommen.²⁹⁵ So wurde ein städtischer Zuschuß zur Renovierung des Alten Doms einstimmig vom Gemeinderat angenommen, die Renovierung von Kirchen also als Kulturaufgabe der Stadt anerkannt.²⁹⁶ Die Frage, auch in katholischen Schulen freie Lehrmittel zur Verfügung zu stellen, war, wie Koref noch 1958 ausführte, eine Grundsatzfrage, die nicht im Gemeinderat erledigt werden könne.²⁹⁷ Angesichts der günstigen Finanzlage kam es aber 1960 zu einer Einigung der beiden Großparteien über die freien Lehrmittel. Volle Gemeindekassen lassen auch Grundsatzfragen in einem etwas anderen Licht erscheinen.²⁹⁸ Auf dem Gebiet der Kunstpolitik gab sich die ÖVP volksnahe und plädierte für eine sparsame Kunstgestaltung. Denkmäler sollten die Sprache des Volkes sprechen. Weitesten Kreise der Bevölkerung verstünden die Neigung der Stadtverwaltung zur moderneren Kunst keineswegs.²⁹⁹ Nun war aber Kulturpolitik Korefs ureigenstes Gebiet, auf dem er zu keinerlei Konzessionen bereit war, wie auch der VdU herausfand, als er sich vergeblich über das Honorar für das Kokoschka-Gemälde der Stadt Linz beklagte.³⁰⁰

Stadt wurden nicht zuletzt durch geringe Personalaufwände begünstigt, die in den nicht valorisierten, unter dem allgemeinen Niveau liegenden Bezügen der öffentlichen Bediensteten ihrer Erklärung fanden. AStL, GPR 17. Dezember 1956. Kein Wunder, daß sich Bundesländersozialisten wie Grill von begeisterten Zentralisten zu begeisterten Föderalisten wandelten. AStL, GPR 16. Dezember 1960.

²⁹² Siehe dazu die Budgetdebatten der Jahre 1956–1961. AStL, GPR 17. Dezember 1956, 20. Dezember 1957, 22. Dezember 1958, 14. Dezember 1959, 16. Dezember 1960, 18. Dezember 1961.

²⁹³ Voranschlag 1963, AStL, GPR 17. Dezember 1962.

²⁹⁴ AStL, GPR 23. Juli 1951, 8. Dezember 1952, 21. Juli 1954.

²⁹⁵ Zur Zwischenkriegszeit siehe Tweraser, Linzer Gemeinderat 1914–1934 (wie Anm. 2), 238.

²⁹⁶ AStL, GPR 14. März 1955, 20. Dezember 1954.

²⁹⁷ AStL, GPR 22. Dezember 1958.

²⁹⁸ AStL, GPR 16. Dezember 1960. Nur der scharfzüngige Dr. Viktor Kleiner murrte, daß die Freilernmittel noch immer eine Grundsatzfrage für die SPÖ seien und die Zustimmung der SPÖ nur ein Akt pragmatischen Entgegenkommens. Kleiner war Kammeramtsdirektor der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Oberösterreich. Als Wirtschaftspolitiker war er wohl der brillianteste Vertreter des Keynesianismus im Linzer Gemeinderat, in dem er seine Breitseiten gegen den Raab-Kamitz-Kurs abschob. AStL, Mandatskartei.

²⁹⁹ AStL, GPR 26. März 1956.

³⁰⁰ AStL, GPR 21. Juni 1955.

An ideologischen Fragen bewegten im Gemeinderat der Kalte Krieg und die NS-Vergangenheit besonders stark die Gemüter. Antagonisten waren in beiden Fragen hauptsächlich die Kommunisten und der VdU, doch mischten auch Vertreter der SPÖ kräftig mit. Die Realpolitik der beiden Großmächte hatte für Österreich zu einer Lage geführt, in der die Russen wirtschaftlich stärksten Druck ausübten, während die Amerikaner Österreich für den Kriegsfall in ihre globalstrategischen Kalkulationen einbauten. Im Linzer Gemeinderat äußerten sich diese Entwicklungen insofern, als in den Anklagen der Kommunisten zum Ausdruck kam, daß der Marshall-Plan ein Fiasko gewesen sei und Österreich den Aufrüstungsplänen der amerikanischen Imperialisten untergeordnet worden wäre.³⁰¹ Nach Ansicht der Kommunisten drängten die bankrotten Verhältnisse in Europa nach Regierungsumbildungen, die die starken Männer Amerikas, nämlich die Industriellenvertreter, wie Kamitz, auf Ministerposten bringen. Koref bezichtigte sie mit Recht der Demagogie und beschwor sein Lieblingsbild der „östlichen Wühlmäuse“, die den Bestand des Staates gefährdeten. Als Beispiel dafür wurden von ihm die USIA-Betriebe genannt, die keine Steuern zahlten und dadurch die wirtschaftliche Substanz Österreichs schädigten.³⁰² Daß die Vertreter des VdU die Kommunisten als Volksverräter beschimpften, ist nicht überraschend. Leise Zweifel erheben sich aber doch, ob die starken Worte Korefs mit seiner Funktion als überparteilicher Vorsitzender des Gemeinderates vereinbar waren.³⁰³ Aus Angriffen auf die Kommunisten und die Sowjetunion war eben politisches Kapital zu gewinnen und selbst gemäßigte Politiker wie Koref konnten der Versuchung nicht widerstehen.³⁰⁴ Es sollte allerdings nicht vergessen werden, daß die Jahre 1951 und 1952 eine Erstarrung der Österreichpolitik der beiden Supermächte gebracht hatten. Die österreichischen Politiker wollten ihr durch eine Sonderform des gewaltlosen Widerstandes entgegenreten. Dafür eignete sich jedes öffentliche Forum zur Publizität, auch der Linzer Gemeinderat.³⁰⁵ Die Nationalratswahl 1953 warf zudem bereits ihre Schatten voraus, in der die Russen das beliebteste Angriffsziel der SPÖ waren; eine Taktik, die ihren Eindruck auf die Wähler nicht verfehlte.³⁰⁶

Die unbewältigte Vergangenheit manifestierte sich in zwei Formen: einmal in Korefs Versuchen, durch Akte der Versöhnung den Prozeß der Integration der Ehemaligen voranzutreiben, zum anderen in scharfen Polemiken jener, die aus der Geschichte nichts gelernt hatten oder nichts lernen wollten. An Akten der Versöhnung wären zu nennen: Korefs nobler Nachruf auf Langoth,³⁰⁷ dessen stets bewährte menschliche Grundhaltung er würdigte, und die Beistellung eines Ehren-

³⁰¹ AStL, GPR 25. Februar 1952.

³⁰² AStL, GPR 14. Jänner 1952, auch 10. März 1952. Allerdings führte Koref auch aus, daß die paar USIA-Läden im Mühlviertel nicht funktionieren konnten, wenn Österreicher nicht kaufen würden. Übrigens beschäftigte die USIA in Oberösterreich nur etwa 350 Personen. Reichhold, Geschichte der ÖVP (wie Anm. 104), 461.

³⁰³ Der kommunistische Sprecher Kerschbaumer beklagte sich denn auch bitter über Korefs Versuch, den Kommunisten ihre Heimatliebe abzusprechen. „Wir haben diese unsere Liebe teuer bezahlen müssen. Sie (Koref) hätten sich an diese Herren da drüben wenden müssen, die 1938 ein freudiges Ja gesagt haben“. AStL, GPR 7. April 1952.

³⁰⁴ Siehe z. B. Budgetdebatte, AStL, GPR 22. Dezember 1952.

³⁰⁵ Dazu Rauchensteiner Sonderfall (wie Anm. 90), 309. Überdies war Koref einer der außenpolitischen Hauptsprecher der SPÖ im Nationalrat, in dem er ein starker Vertreter einer österreichischen Neutralitätspolitik war, allerdings einer Neutralität des Staates und nicht der Gesinnung. Eine Neutralität, die Österreich „zum Pfeifendeckel der kommunistischen Ideologie degradierte“, lehnte er entschieden ab. Dazu Gerald Stourzh, Der Weg zum Staatsvertrag und zur immerwährenden Neutralität. In: Österreich, Die Zweite Republik, Bd. 1, 227, 230–231.

³⁰⁶ Hölzl, Propagandaschlachten (wie Anm. 126).

³⁰⁷ AStL, GPR 20. April 1953.

grabs durch die Stadt Linz an den populären Volksschriftsteller Franz Resl.³⁰⁸ 1957 bewilligte der Stadtrat die Anschaffung eines Portraits von Dr. Sturma, der von 1940 bis 1943 Linzer Oberbürgermeister gewesen war.³⁰⁹ Durch die Minderbelastetenamnestie waren zwar mehr als 90 % der Nationalsozialisten wieder in die Gesellschaft integriert, doch schien es, daß je weniger Personen von der NS-Gesetzgebung betroffen wurden, desto heftiger und leidenschaftlicher die politische Diskussion aufflammte.³¹⁰ So gab z. B. ein Rückstellungsprozeß gegen die Stadt Linz Anlaß zu einer Anzahl von Debatten im Linzer Gemeinderat, die ein bezeichnendes Licht auf die Haltung zur Wiedergutmachung des vom Nationalsozialismus begangenen Unrechts wirft. Die ursprünglichen Eigentümer des Pleschingerhofes, eines Agrargutes, waren 1938 „arisiert“ worden. 1941 wurde das Gut von der Stadt übernommen und an einen bekannten Linzer Spediteur verpachtet. Auf Grund des Rückstellungsgesetzes war die Stadt verpflichtet, Schadenersatz zu leisten. Der VdU betrachtete das Rückstellungsgesetz als „Unrechtsgesetz“ und wollte unter Ausnutzung juristischer Spitzfindigkeiten den Prozeß vor der Rückstellungskommission möglichst lange hinauschieben, um eine Revision des Rückstellungsgesetzes abzuwarten. Als nun ein Vertreter des VdU antisemitische Ausdrücke gebrauchte — er sprach davon, daß „volksfremde und heimatfremde Elemente“ aus der Not des Volkes Nutzen ziehen wollten — mußte er von Koref in kräftigen Worten daran erinnert werden, daß sie „volksfremd und heimatfremd“ unter brutalstem Zwang geworden waren.³¹¹ Ein anderer Zwischenfall war bezeichnend für die allgemeine Haltung der Bevölkerung zur NS-Vergangenheit, doch endlich mit den alten Nazisachen in Ruhe gelassen zu werden. Als während der Budgetdebatte 1956 der KPÖ-Gemeinderat Haider darauf aufmerksam machte, daß eine Post für ein KZ-Denkmal auf dem Richard-Bernaschek-Platz gestrichen worden war, konnte Koref nur erwidern, daß er damit einer Welle der Unruhe und Empörung der Bevölkerung von Urfahr Rechnung getragen habe.³¹² Die Tabuisierung und Verdrängung der NS-Vergangenheit war bereits weit fortgeschritten.

Zu einem Riesenkravall kam es im Gemeinderat als ein Vertreter der SPÖ die antisemitischen Vorfälle anläßlich einer Aufführung des „Tagebuches der Anne Frank“ im Linzer Landestheater zur Sprache brachte. Nachdem der durch seine NS-Vergangenheit kompromittierte Dr. Steinsky sich bereits durch häßliche Zwischenrufe bemerkbar gemacht hatte, präsentierte er die bekannte Gegenrechnung: Auch andere als die Juden hatten Unsägliches gelitten, so etwa die Bewohner in Hamburg und Dresden. Er wollte endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen sehen. „Man soll unserem Volke nicht immer nur seine Sünden vorhalten, sondern uns in Ruhe lassen. Wir haben für diese Sünden reichlich genug gebüßt.“³¹³ Korefs Antwort bestand in der Erklärung, daß er sich nicht weiter mit Menschen auseinandersetze, die noch immer nicht einsähen, daß sich das NS-System vor der gesamten Menschheit mit Schimpf und Schande belastet hatte. Daraufhin verließ die FPÖ-Fraktion geschlossen den Saal und boykottierte die Budgetdebatte.³¹⁴ Die Kategorisierung Österreichs als ein vom Nationalsozialismus überfallenes Land hatte

³⁰⁸ AStL, GPR 22. März 1954. Franz Resl war während der NS-Zeit Ratsherr und kam auf Grund von Automatikbestimmungen nach Glasenbach. Koref hatte sich vergeblich bemüht, Erleichterungen für Resl zu erwirken.

³⁰⁹ AStL, StPR 22. Jänner 1957.

³¹⁰ Stiefel, Entnazifizierung (wie Anm. 94), 308.

³¹¹ AStL, GPR 14. Jänner 1952, 20. April 1953, 13. November 1953. Schließlich wurde vom Gemeinderat ein Vergleich einstimmig angenommen, um die ursprünglichen Besitzer zu entschädigen. Doch auch der Pächter erhielt vom Gemeinderat eine ansehnliche Entschädigungssumme.

³¹² AStL, GPR 27. Februar 1956.

³¹³ AStL, GPR 20. Dezember 1957.

³¹⁴ Es bedurfte der diplomatischen Geschicklichkeit Friedrich Peters, des Obmanns der FPÖ-Landesorganisation Oberösterreich, den Zwischenfall im Gemeinderat als ein Mißverständnis hinzustellen und

zur Folge, daß eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verhindert wurde. Den Großparteien blieb durch die obige Absolution eine unangenehme Analyse der Rolle des „Austrofaschismus“ erspart, da sich die ÖVP als Nachfolgerin der Christlichsozialen Partei als Opfer fühlen konnte.³¹⁵

Die bereits 1950 in Linz begonnene Auflösung des VdU führte innerhalb weniger Jahre zu einer Umstrukturierung der politischen Landschaft. Eine Diskussion der Nationalratswahl 1953, der Arbeiterkammerwahlen 1954 und der Betriebsratswahlen in der YÖEST in den Jahren 1953 und 1955 und endlich der Gemeinderatswahlen 1955 wird dies demonstrieren. Die wesentliche Entwicklung im VdU war die kontinuierliche Schwächung des gemäßigten Kraus-Reimann-Flügels, dem in Linz eine besondere Bedeutung zukam. Im Oktober 1952 kam mit dem Rücktritt von Kraus der betont deutschnationale Flügel zum Zuge.³¹⁶ Als es Ende 1952 den Großparteien nicht gelang, sich über das Budget zu einigen, da die Sozialisten die Austeritätspolitik von Kamitz nicht akzeptierten, kam es zum Rücktritt der Regierung. Die Neuwahlen wurden für den 22. Februar 1953 ausgeschrieben. Der VdU erhoffte sich aus nicht ganz ersichtlichen Gründen weitere Stimmengewinne. In ihrer Wahlkampagne richtete die SPÖ ihre Angriffe nicht so sehr gegen die ÖVP als gegen die Russen. Mit dem „Rentenklau“ und dem „Hungerraab“ zog sie aber auch Vorteile aus der sogenannten „Stabilisierungskrise“ des Jahres 1952, die zu einer beträchtlichen Erhöhung der Arbeitslosigkeit geführt hatte. Sie kontrastierte zur großteils negativen Kampagne der ÖVP, die unter dem unattraktiven Banner der Währungsstabilität marschierte.³¹⁷ Der VdU forderte ein Ende des Proporz, ein Ende des „Packelns“ zwischen den Regierungsparteien und unterstützte in seiner Wirtschaftspolitik das Privatunternehmertum und eine freie Marktwirtschaft. Es scheint aber, daß das Bedürfnis der Wählerschaft nach einer Alternative zu den Großparteien erschöpft war und die Fähigkeit des von Richtungsstreitigkeiten zerrissenen VdU, Probleme zu lösen, angezweifelt wurde.

In den „Winterwahlen“ 1953 konnten beide Großparteien behaupten, Sieger zu sein, da die ÖVP noch immer die stärkste Partei im Nationalrat war, die SPÖ aber die größte Stimmenzahl auf sich vereinigen konnte. Der VdU wurde besonders in Oberösterreich klar geschlagen. Wo er 1949 seine größten Triumphe gefeiert hatte, erlitt er auch seine größte Niederlage. Die meisten jener Arbeiterstimmen, die 1949 den Erfolg des VdU garantiert hatten, gingen an die SPÖ verloren. In Linz (siehe Tabelle 4) erzielten die Sozialisten im Vergleich zur Nationalratswahl 1949 einen Stimmenzuwachs von über 12.000, d. i. von 41,5 % der Stimmen auf 50 %. Der VdU verlor über 10.000 Stimmen. Da der Stimmenverlust des VdU gegenüber der Nationalratswahl 1949 und den Bundespräsidentenwahlen 1951 ungefähr derselbe ist, liegt die Vermutung nahe, daß so manche Stimm-

seine Partei ausdrücklich vom Anne-Frank-Skandal zu distanzieren. Dies ermöglichte es Koref seinerseits etwas kleinlaut seine starken Worte über Steinsky zurückzuziehen. AStL, GPR 27. Jänner 1958.

³¹⁵ Nur einmal kam es im Gemeinderat zu einer bescheidenen Diskussion über die Ereignisse im Jahre 1933. Anlaß war der übermäßige Gebrauch von Präsidialverfügungen gegen nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat. Die sogenannten §-50-Präsidialverfügungen waren aber nur dann zulässig, wenn ein Aufschub bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates ohne Schaden für die Sache nicht möglich war. Der ÖVP-Vertreter, Dr. Walk, ein gewiegter Verwaltungsjurist, sah darin Parallelen zum kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz. Koref erklärte sich beschwichtigend bereit, den fraglichen Antrag auf nachträgliche Genehmigung zurückzuziehen und erinnerte dann die ÖVP sanft daran, daß sie Tochter der seinerzeitigen Christlichsozialen Partei sei — zwar eine wesentlich sympathischere Tochter als es die Mutter gewesen ist — und daß diese Christlichsoziale Partei seinerzeit, getrieben von der Heimwehrbewegung, sich des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes bediente und damit die ganze Verfassung aus den Angeln hob. AStL, GPR 9. November 1956 und 28. Jänner 1957.

³¹⁶ Siehe dazu Riedlsperger, *Lingering Shadow* (wie Anm. 202), 108–116.

³¹⁷ Dazu Hölzl, *Propagandaschlachten* (wie Anm. 126), auch Mayrhofer, *Politisches Plakat* (wie Anm. 15), 42–43.

berechtigte, die durch den 2. Wahlgang im Mai 1951 gezwungen waren, eine Wahl zu treffen, nicht mehr ihren Weg zum VdU zurückfanden und bei der Partei ihrer zweiten Wahl blieben.³¹⁸

Tabelle 4: Ergebnisse der NR-Wahl 1953 in Linz und relativer Unterschied zu den NR-Wahlen 1949 und zu den Bd.-Präs.-Wahlen 1951 (1. Wahlgang)

Partei	1953		Differenz auf 1949		Differenz auf 1951	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
SPÖ	53.389	49,96	+ 12.649	+ 8,40	+ 10.753	+ 8,99
ÖVP	29.800	27,89	+ 5.746	+ 3,35	+ 2.286	+ 1,45
VdU	17.565	16,43	— 10.209	— 11,90	— 10.055	— 10,11
VO (KPÖ)	5.588	5,23	+ 837	+ 0,38	— 70	— 0,21

Die Erfolge bei der Nationalratswahl auf Kosten des Arbeiterflügels des VdU ermutigte die Sozialisten, auf eine Fortsetzung dieses Trends zu hoffen. Diese Hoffnungen wurden bei den Arbeiterkammerwahlen im Jahre 1954 nicht enttäuscht. (Siehe Tabelle 5) Die starke Stellung der Lohnab-

Tabelle 5: Arbeiterkammerwahlen in Oberösterreich, absolute Stimmen (in Klammer Mandate)

Partei	23. 10. 1949	24. 10. 1954	11. 10. 1959
SPÖ	66.773 (60)	101.120 (80)	106.806 (78)
VdU-FPÖ	35.920 (34)	7.717 (5)	7.766 (5)
ÖAAB	14.858 (13)	23.374 (18)	29.586 (19)
KPÖ	7.206 (5)	8.430 (5)	8.000 (5)
Parteifreie	—	4.239 (2)	5.028 (3)

Quelle: Politisches Handbuch Österreichs, 162

hängigen im VdU ist aus der Tatsache ersichtlich, daß diese Partei bei der Arbeiterkammerwahl 1949 28,8 % der gültigen Stimmen gegenüber 21 % bei der Nationalratswahl 1949 errang. In Oberösterreich war also die Gefolgschaft des VdU bei den Lohnabhängigen proportional viel größer als bei der allgemeinen Wählerschaft.³¹⁹ 1954 fiel aber der Stimmenanteil des VdU von 28,8 % auf 5,3 %, der kommunistische Anteil blieb mit 5,8 % gleich, der Anteil des ÖAAB erhöhte sich von 11,9 auf 16,1 %, der sozialistische Anteil aber stieg von 53,5 % auf 69,8 %. Selbst wenn man die parteifreie Liste dem VdU zurechnet, bleibt die Niederlage vernichtend. Es ist natürlich schwierig abzuschätzen, wie die abgesprungenen VdU-Arbeiter und -Angestellten stimmten. In Oberösterreich überstieg der sozialistische Gewinn von rund 34.000 Stimmen die Erhöhung der Gesamtstimmen um über 11.000. Es ist daher erlaubt anzunehmen, daß die Sozialisten eine beträchtliche Anzahl von VdU-Lohnabhängigen anzogen. Das große Comeback der Sozialisten wird auch bei den Betriebsratswahlen in der VÖEST offensichtlich. (Siehe Tabelle 6) Bei den Wahlen 1951 hatte der VdU bereits empfindliche Verluste erlitten, die Unzufriedenheit der Arbei-

³¹⁸ Ein sozialistischer Wahlexperte beschrieb die vom VdU Abgesprungenen als das Arbeitersegment der ehemaligen Nationalsozialisten und Volksdeutschen. Hans Riemer, Die Wahlen vom 22. Februar 1953. In: Die Zukunft, Wien, April 1953, 94.

³¹⁹ Für eine Aufschlüsselung der Arbeiterkammerwahlen nach Prozentsätzen siehe Rausch — Lotteraner, Aufbruch (wie Anm. 99), 246—248.

ter zeigte sich in den hohen Stimmenanteilen für die KPÖ-Liste. Das Jahr 1953 brachte die entscheidende Wende. Der SPÖ gelang es, einen Großteil der Kommunisten und des VdU anzuziehen. Der ÖAAB blieb in der VÖEST bedeutungslos.

Tabelle 6: Arbeiterbetriebsratswahlen in der VÖEST, Hütte Linz, absolute Stimmen (in Klammern Betriebsratsmandate).

Partei	1949	1951	1953	1955	1957	1959	1961
SPÖ	3.056 (12)	3.584 (13)	6.524 (24)	7.414 (27)	8.513 (28)	8.623 (28)	10.744 (33)
VdU-FPÖ	3.293 (14)	2.069 (8)	—	—	—	371 (1)	753 (2)
KPÖ	672 (2)	2.501 (9)	917 (3)	1.277 (4)	1.607 (5)	1.926 (6)	1.350 (4)
ÖAAB	56 (—)	109 (—)	411 (1)	478 (1)	568 (1)	680 (2)	733 (2)
Parteifreie	—	—	1.061 (3)	768 (2)	1.220 (4)	1.078 (3)	1.211 (3)

Quelle: Politisches Handbuch Österreichs, 74f.

Vollends bestätigt wurde der Aufwärtstrend, dieses Mal für beide Großparteien, bei der Gemeinderatswahl 1955. Man ist fast versucht, in Linz von einer Tendenz zum Zweiparteiensystem zu sprechen. (Siehe Tabellen 2, 3, und 7) Jedenfalls blieben die relativen Größenverhältnisse von SPÖ und ÖVP nach den Fluktuationen der Jahre 1949 bis 1953 ziemlich stationär. (Siehe Graphik 1) Gegenüber den Großparteien hinkte das 3. Lager nach; man kann in Linz also bestenfalls von einem Zweieinhalbparteiensystem sprechen.³²⁰

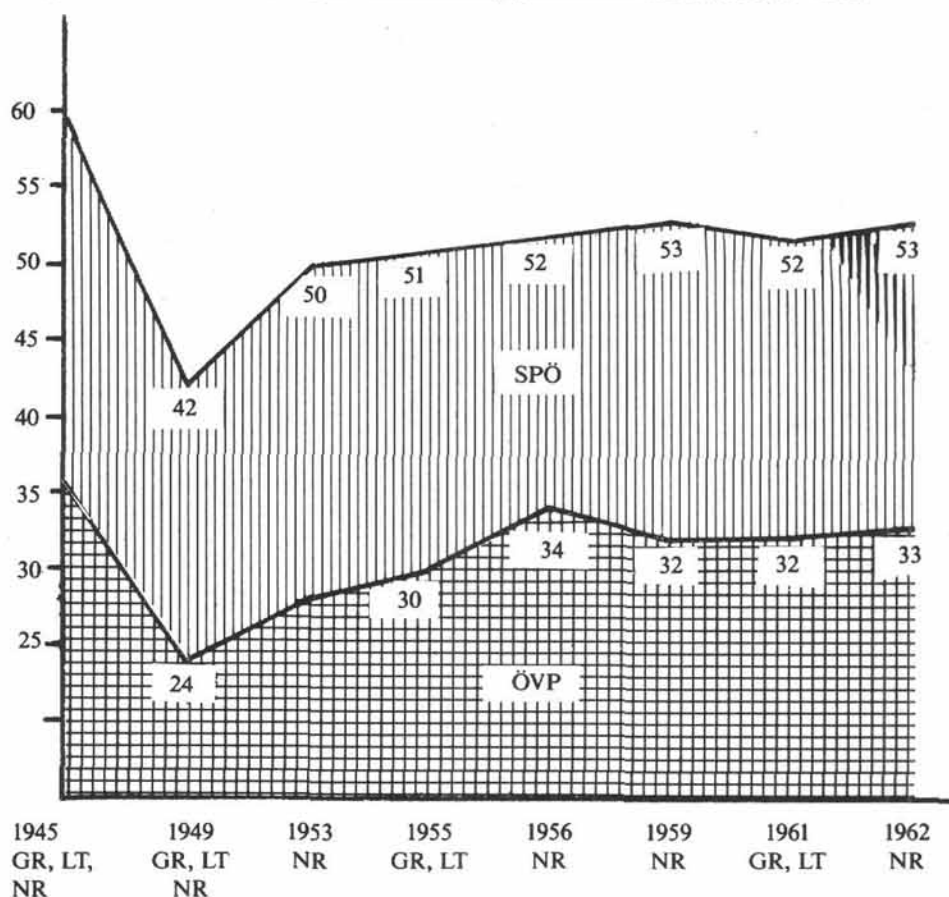
Tabelle 7: Anteile der Parteien an den gültigen Stimmen (in Prozenten)

Wahl	SPÖ	ÖVP	VdU-FPÖ	KPÖ
GR 1945	59,59	36,23	—	4,18
GR 1949	42,36	23,98	28,12	4,91
NR 1953	49,96	27,89	16,43	5,23
GR 1955	51,86	29,48	13,82	4,84
NR 1956	51,98	33,92	10,00	4,10
NR 1959	53,35	31,63	11,30	3,72
GR 1961	52,51	31,10	12,79	3,60

³²⁰ Der Trend zum Zweiparteiensystem in Linz ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung:

Wahljahr zum Gemeinderat	Stimmenanteil beider Großparteien (SD, SPÖ + CS, ÖVP)	Stimmenanteil des 3. Lagers (GD, NS, VdU-FPÖ)
1931	73,64	16,06
1945	95,82	—
1949	66,34	28,12
1955	81,34	13,82
1961	83,61	12,79

Zum „hinkenden“ Zweiparteiensystem siehe Anton Pelinka und Manfred Welan, Demokratie und Verfassung in Österreich, Wien 1971, 273–275.

Graphik 1: Wahlunterstützung für die zwei Hauptparteien in Linz-Stadt 1945–1962

Im Vergleich mit dem bei den Nationalratswahlen noch vorherrschenden Pessimismus über die Möglichkeit, die Besatzungstruppen loszuwerden, war die Gemeinderatswahl 1955 von dieser nationalen Hypothek nicht mehr belastet. Die Sowjetunion war plötzlich bereit, nicht mehr auf eine Junktimierung der österreichischen und deutschen Frage zu bestehen und ihre Position in Österreich gegen einen saftigen wirtschaftlichen Preis aufzugeben.³²¹ Bereits im September 1955 war die Anomalie des Linzer Verwaltungslebens — der Magistrat Urfahr — restlos liquidiert worden.³²² Die Wiedererlangung der Souveränität Österreichs ließ auch die Hoffnung zu, daß innerhalb kurzer Zeit die totale Befriedung durch Beseitigung der NS-Sondergesetzgebung erzielt werden könne.³²³ Im „annus mirabilis“ der Zweiten Republik konnte man sich also im Wahlkampf

³²¹ Dazu Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 330–335 und allgemein Stourzh, Weg zum Staatsvertrag (wie Anm. 305), 203–263.

³²² ASL, GPR 21. September 1955.

³²³ Die Volksgerichte wurden bereits 1955 aufgehoben, 1956 kam es zur Vermögensverfallsamnestie und 1957 zur Schwerbelastetenamnestie. Dazu Eugen Serini, Entwicklung des Strafrechts. In: Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 2, 109–134.

auf die lokalen Probleme konzentrieren, deren es mit Wohnungsnot, Schulraumnot, Jugendfürsorge, Verkehrschaos etc. genügend gab. Für den VdU war 1955 allerdings kein „annus mirabilis.“ Speziell in Oberösterreich kam es zu einem hartnäckigen Tauziehen zwischen den Überbleibseln des VdU und der von Anton Reinhaller gegründeten Freiheitspartei über die Frage, wer denn nun das 3. Lager verträte.³²⁴ Im September 1955 erfolgte in Oberösterreich ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Elementen der „Dritten Kraft“, als VdU und FP bekanntgaben, daß sie auf einer gemeinsamen Liste unter dem Namen Freiheitliche Wahlgemeinschaft (VdU-FP-Parteilose) kandidieren würden, um eine weitere Zersplitterung der national-freiheitlichen Wählerschaft in den Oktoberwahlen zum Landtag und Gemeinderat zu vermeiden. Der Ausgleich machte sich bei den Wahlen in Oberösterreich nicht bemerkbar. Die Staatsvertragsparteien waren die Sieger.³²⁵ Die Freiheitliche Wahlgemeinschaft zeigte sich unfähig, die verschiedenen national-freiheitlichen Strömungen zu integrieren. In Linz verlor die FWG mit rund 13.000 Stimmen beinahe die Hälfte der Stimmen, die der VdU 1949 erreicht hatte. Die ÖVP erzielte mit einem Zuwachs von über 7.000 Stimmen einen Achtungserfolg. Die SPÖ war mit 13.000 Stimmen der große Sieger. (Siehe Tabelle 7 und 8.) Sie erreichte prozentuell wieder die absolute Mehrheit. Das wirkte sich natürlich auch in den Mandatszahlen aus. Das 3. Lager ging von 17 auf 8 Mandate zurück, die ÖVP erhöhte ihre Mandate von 14 auf 18, die Kommunisten verloren ein Mandat und die Sozialisten erhöhten ihre Mandate von 26 auf 36. (Siehe Tabelle 1.) Sie waren, wie Koref es ausdrückte, heilfroh, die absolute Mehrheit wieder zurückgewonnen zu haben.³²⁶

Tabelle 8: Anteilsveränderungen der Parteien (Anteil an gültigen Stimmen auf der Basis der NR-Wahl 1945)

Jahr	SPÖ	ÖVP	VdU-FPÖ	KPÖ
GR 1949	— 17,23	— 12,25	+ 28,12	+ 0,73
NR 1953	+ 7,60	+ 3,91	— 11,69	+ 0,32
GR 1955	+ 1,90	+ 3,91	— 2,61	— 0,39
NR 1956	+ 0,12	+ 4,44	— 3,82	— 0,74
NR 1959	+ 1,37	— 2,29	+ 1,30	— 0,38
GR 1961	— 0,84	— 0,53	+ 1,49	— 0,12

Im Gegensatz zu 1949 war die konstituierende Versammlung im Jahre 1955 eine würdevolle Angelegenheit.³²⁷ Koref wurde von allen Parteien zum Bürgermeister vorgeschlagen und mit 57 von 60 Stimmen gewählt. Durch Parteienvorverhandlungen hatte man sich auf den Vorschlag für die

³²⁴ Dazu Riedlsperger, *Lingering Shadow* (wie Anm. 202), 148–155. Übrigens spielte Linz bei der Gründung der Freiheitlichen Partei eine bedeutende Rolle. Der Ausgangspunkt dieser Nachfolgerpartei war der „Grüne Salon“ im Linzer Schwechater Hof. Hier trafen sich die Vertreter der Turnvereine, des freiheitlichen Akademikerverbandes, des oberösterreichischen Landeslehrervereins und einzelne Persönlichkeiten des national-freiheitlichen Lagers, wie Reinhaller und Friedrich Peter. Dazu Reimann, *Dritte Kraft* (wie Anm. 202), 271.

³²⁵ Vergleich der Landtagswahlen 1949 und 1955 in Oberösterreich

Parteien	Stimmen	1955	Mandate	Stimmen	1949	Mandate
		%			%	
ÖVP	295.292	48,1	25	268.578	45,0	23
SPÖ	241.978	39,4	19	183.066	30,8	15
VdU	58.936	9,6	4	124.520	20,8	10
KPÖ	17.366	2,9	0	18.461	3,1	0

Quelle: Wahlen in Oberösterreich 1945–1979, 2. erw. Aufl. Linz (1979), 28ff.

³²⁶ Koref, *Gezeiten* (wie Anm. 9), 391.

³²⁷ AStL, GPR 15. November 1955.

Bürgermeister-Stellvertreter und die Stadträte geeinigt. Ihre Wahl erfolgte per acclamationem, wobei die Kommunisten allerdings bemerkten, daß ihre Zustimmung den Stadtrat Dr. Mold nicht einschloß. Die Angelobung wurde von Landeshauptmann Gleißner in würdiger Form vorgenommen. Korefs Antrittsrede war eine Wiederbestätigung des Wachstumspaktes. Zwar behauptete er, daß soziale Gerechtigkeit das wichtigste Anliegen sei, aber er führte auch aus, daß das Maximum an sozialer Wohlfahrt und kulturellem Aufstieg der Wirtschaftslage angepaßt sein müsse. Die eindrucksvollste Rede wurde aber vom ÖVP-Sprecher Dr. Walk gehalten. Er erwartete, daß die SPÖ ihre Mehrheit im Gemeinderat nicht nur im Sinne einer bloß formalen Demokratie auffasse und der Minorität diktiere, und erinnerte den Gemeinderat an das Prinzip des Proporz. *Wenn in Oberösterreich die Landesregierung, die Stadträte und Gemeindevorstände nach dem Verhältniswahlrecht zu bilden sind, dann könne man wohl Oberösterreich das Land der verfassungsmäßig verankerten Kompromißdemokratie nennen.* Er hatte auch kluge Worte über den verringerten Status des Gemeinderates als Institution zu sagen. Wir müssen den Gemeinderat lebendiger gestalten als bisher, führte er aus. Die Bevölkerung habe ein Recht darauf, mehr als das bloße Ergebnis der Gemeinderatsberatungen zu erfahren. Der Gemeinderat sollte nicht nur eine Abstimmungsmaschine, sondern wirkliches Beratungsorgan der Stadt sein. Auch müsse die autoritäre Rolle des Bürgermeisters durch eine Novellierung des Gemeindestatutes und der Geschäftsordnung geändert werden.³²⁸

Ironischerweise wurde hier von einem Vertreter der konservativen Partei eine Kritik an der SPÖ vorweggenommen, die Jahrzehnte später zum Grundstock radikaler Kritik an der Linzer Kommunalpolitik werden sollte.³²⁹ Im großen und ganzen reflektierten aber die Antrittsreden der Parteien eine Situation, die für große ideologische und klassenkämpferische Auseinandersetzungen inopportun war. Bemerkenswert ist, daß im bereits sprichwörtlich gewordenen guten oberösterreichischen politischen Klima allmählich auch der VdU, oder was von ihm übriggeblieben war, einbezogen wurde. Nichts ist der Integration förderlicher als eine Naturkatastrophe, die Linz 1954 mit der großen Überschwemmung erlitt. Da man für einen „Akt Gottes“ keine politische Partei verantwortlich machen konnte, war es möglich, die Energien weniger auf gegenseitige Beschuldigungen als auf die Linderung der Not zu richten. Auch die Vertreter des VdU bewährten sich in dieser Notlage und wurden von Koref symbolisch belohnt, als er ihren Sprecher Dr. Mold ausdrücklich dazu einlud, am Präsidialtisch Platz zu nehmen.³³⁰

Nach dem Erdrutsch von 1949 hatte sich also um 1955 die politische Landschaft konsolidiert. In der relativen Stärke der politischen Parteien ergaben sich für den Rest der Ära Koref nur mehr

³²⁸ Walk wagte sich sogar auf das glatte Parkett der Personalpolitik und schlug vor, die Rekrutierung von Beamten und Angestellten unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit vorzunehmen. „Wenn man schon glaubt, daß dieser Grundsatz in anderen Gebietskörperschaften (dem Land) nicht eingehalten wird, müßte man eigentlich durch besonders rigorose Einhaltung dieses Grundsatzes bei der Stadt diese anderen Gebietskörperschaften zu gleicher Handlungsweise moralisch zwingen.“ Der Vorschlag wurde vom Gemeinderat mit gebührender Heiterkeit quittiert. AStL, GPR 15. November 1955.

³²⁹ So führen z. B. Bauer und Lichtner in ihrer Studie aus, daß in Linz Entscheidungen in kleinen, nichtöffentlichen Gremien der Partei gefällt und mit den Beschlüssen, die auf übergeordneter Ebene mit anderen Parteien und der Kommunalverwaltung ebenfalls in kleinen, nichtöffentlichen Gremien gefaßt wurden, dann in Übereinstimmung gebracht werden . . . Gesamtgesellschaftlicher Bezug von politisch bewußten Personen wird schnell als Extremismus abgestempelt . . . Die wichtigsten Entscheidungen auf kommunaler Ebene fallen ohne öffentliche Kontrollmöglichkeiten in Amtsstuben, Ausschüssen, Fraktionen und informellen Entscheidungsgremien unter Mitwirkung von Spitzenfunktionären und den Vertretern in der Gemeinde- und Landesbürokratie. Die folgende Beratung im Gemeinderat hat nur mehr den Charakter der Ratifizierung der vorher gefaßten Beschlüsse. Siehe Bauer — Lichtner, Kommunalpolitik in Linz (wie Anm. 5), 30—32.

³³⁰ AStL, GPR 4. Oktober 1954.

geringfügige Verschiebungen. Die Konsolidierung der Parteistrukturen war auch von einer abnehmenden Häufigkeit konfliktorientierten Verhaltens im Gemeinderat begleitet. (Siehe Tabelle 9).³³¹ Die Jahre 1949 bis 1953 wiesen mit 74 Fällen in fünf Jahren die größte Häufigkeit an Konflikten auf, gegenüber der Gesamtzahl von 124 über 16 Jahre. Das Jahr 1954 war die Wasserschei-

Tabelle 9: Konflikt-Verhalten im Linzer Gemeinderat: Häufigkeit

Typus des Konfliktverhaltens	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Scharfe persönliche Attacken	1	3	3	4	6	7	4	1	1
Kampfabstimmungen	1	2	6	9	11	6	5	3	2
Stimmenthaltungen	1	1	3	0	4	4	2	0	1
Boycott	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	3	6	12	13	21	17	11	4	4

Typus des Konfliktverhaltens	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	Insgesamt
Scharfe persönliche Attacken	3	1	2	1	1	2	0	40
Kampfabstimmungen	5	1	5	1	3	0	2	62
Stimmenthaltungen	0	1	0	1	2	0	1	21
Boycott	0	1	0	0	0	0	0	1
Summe	8	4	7	3	6	2	3	124

de. Die Konfliktfälle zwischen 1954 und 1962 (41) ergaben einen Durchschnitt von 4,5 Fällen pro Jahr. Der Durchschnitt für die Periode 1945 bis 1953 beträgt 14,8. Interessant ist auch die Aufschlüsselung der Fälle nach Inhalt und Partei. Von den 40 scharfen persönlichen Angriffen beschäftigten sich 18 mit dem Kalten Krieg und 17 mit der NS-Vergangenheit. 17 der persönlichen Angriffe im Kalten Krieg wurden von der SPÖ gegen die KPÖ als „Russenpartei“ gerichtet. Anscheinend überließ die ÖVP den verbalen Kampf gegen die russische Besatzungsmacht der SPÖ. In bezug auf die NS-Vergangenheit kommt es nicht zu überraschend, daß die KPÖ mit 11 Angriffen auf den VdU an der Spitze lag, gefolgt von der SPÖ mit 6. Keine Attacke der ÖVP gegen den VdU konnte festgestellt werden.

29 der 62 Kampfabstimmungen betrafen sozioökonomische Probleme wie Löhne und Preise, Inflation, Steuern und Gebühren, das Wohnungswesen, Ablehnung des Budgets. Das Hauptkontingent der Neinstimmen kam von der KPÖ (25). Gelegentlich stimmte auch der VdU gegen Gebührenerhöhungen, aber nicht gegen das Budget (3). Auf dem Gebiete der Kommunalisierung und der Vertretung des Hausherrnstandpunktes ergaben sich 7 Kampfabstimmungen, die sich zwischen ÖVP (4) und VdU (3) aufteilten. 13 Kampfabstimmungen ergaben sich über politische Probleme im engeren Sinn, wie unfaire Behandlung einer Partei im Gemeinderat, Aberkennung von Mandaten und Opposition gegen die Besetzung von Stadtratsmandaten. Sie teilten sich zwischen KPÖ (8) und VdU (5) auf. In bezug auf Stimmenthaltungen standen sozioökonomische Probleme mit 7 Fällen an der Spitze, die sich zwischen KPÖ (3), VdU (3) und ÖVP (1) aufteilten, gefolgt von politischen Fragen mit 5 (KPÖ 4, VdU 1) und der Kommunalisierung mit 3 Fällen

³³¹ Tabelle 9 wurde auf Grund einer gründlichen Studie der Gemeinderatsprotokolle von 1946 bis 1962 zusammengestellt. Konfliktverhalten wurde in vier Kategorien erfaßt: 1. scharfe persönliche Attacken, 2. Kampfabstimmungen, 3. Stimmenthaltungen, 4. Boycott. Diese wurden dann nach inhaltlichen Gesichtspunkten wie Kalter Krieg, unbewältigte Vergangenheit, sozioökonomische Probleme, wie die Lohn-Preis-Abkommen und rein politische Probleme wie Opposition zur Besetzung von Stadtratssitzen, analysiert und die am Konfliktverhalten beteiligten Parteien festgestellt.

(ÖVP 2, VdU 1). Der einzige Boykott, der sich in der Ära Koref ereignete, erfolgte auf Grund eines Streites über die NS-Vergangenheit.

Wie kann man nun Konfliktverhalten im Gemeinderat erklären? Eine Möglichkeit ergibt sich durch eine Theorie der politischen Feindschaft, d. h. aggressives Verhalten als direkter Ausdruck von Frustration.³³² Dieser Ansatz basiert auf der Annahme einer fragmentierten politischen Kultur und der noch lebendigen Erinnerung an politische Gravamina der Vergangenheit. Haltungen, die von Ressentiments und Mißtrauen gegenüber dem politischen Gegner gespeist werden, erlauben dann Aktionen, die normalerweise als illegitim angesehen würden. Der Gegner ist nicht mehr eine Person oder Gruppe, mit der man sich verständigen könnte, sondern die Personifikation des Teufels. Andere Studien über politische Kultur und politischer Sozialisierung haben vorgeschlagen, daß die bewußte Anwendung konfliktvermeidender Strategien eine wichtige Komponente von Eliterverhalten werden kann. Auch hier wird eine fragmentierte politische Kultur angenommen, aber auch weiters, daß die bewußten Anstrengungen der substrukturellen Eliten, möglichst einstimmig angenommene Entscheidungen zu fällen, verhindern, daß die Segmentierung der Gesellschaft zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führt.³³³ Ein dritter Ansatz behandelt Konfliktverhalten einfach als eine Taktik, den politischen Gegner zur Änderung seiner Haltung zu zwingen.³³⁴ Im Kontext des Gemeinderates würde das bedeuten, daß Konfliktverhalten aus der Unzufriedenheit der Minorität mit der Politik der Majorität im Zusammenhang mit einer Kalkulation zu erklären ist, daß oppositionelles Verhalten tatsächlich die Haltung des Gegners ändern würde. Eine Variante dieses technischen Verhaltens ist der Appell an Außenstehende. Im Gemeinderat ist diese Taktik für die Majorität von zweifelhafter Nützlichkeit. Diese Taktik wird daher eher von der Minorität benützt, die sich von ihrem konfliktorientierten Verhalten eine Mobilisierung des allgemeinen Unzufriedenheitspotentials erwartet, was z. B. der VdU in der Wohnungsfrage geschickt ausnützte.

Kehren wir nun zur Tabelle 9 zurück. Angesichts der Partei- und Fraktionsdisziplin sollte es nicht überraschen, daß Kampfabstimmungen die häufigste Form des Konflikts sind. Am ungewöhnlichsten war der Boykott. Zum Boykott des VdU anläßlich des Anne-Frank-Zwischenfalls ist der positive Schluß erlaubt, daß er nichts mit taktischen Erwägungen zu tun hatte, da SPÖ und ÖVP genug Stimmen für das notwendige Quorum hatten. Dies war daher ein ideologischer Protest in Reinkultur, da ja die FPÖ keineswegs auf Unterstützung der ÖVP in dieser Angelegenheit hoffen konnte. Für die anderen Typen des Konfliktverhaltens ist es einigermaßen schwierig, eindeutige Schlüsse über die Motivation zu ziehen. Auch ein Zusammenstoß über die NS-Vergangenheit hat zwei Aspekte der Motivation, einmal politische Feindschaft, dann aber Mobilisierung von Wählern. Sehr viel hängt von der Identität der sich Konfrontierenden ab. Eine Konfrontation zwischen KPÖ und VdU über die NS-Vergangenheit bedeutet nicht nur, daß beide Parteien „zum Fenster hinaussprechen“, um taktische Punkte zu machen, sondern indiziert auch ein vielleicht wichtigeres persönliches Haßverhältnis zum Feind. In einem Zusammenstoß zwischen KPÖ und SPÖ über den Kalten Krieg mag taktische Kalkulation mehr wiegen als die Intensität des Feindbildes. Durch

³³² Dieser Ansatz wurde von einem amerikanischen Politikwissenschaftler in einer Studie über Hallen benützt. Siehe G. Bingham Powell, Jr., *Social Fragmentation and Political Hostility: An Austrian Case Study*, Stanford 1970.

³³³ Dazu etwa Arend Lijphart, *The Politics of Accommodation*, Berkeley 1968; Lehmbuch, *Proporzdemokratie* (wie Anm. 10); Steininger, *Polarisierung und Integration* (wie Anm. 10).

³³⁴ Eine Analyse von Protest und Konfrontation als eine verschärfte Art von Verhandlungstechnik findet sich in Robert Axelrod, *Conflict of Interest: A Theory of Divergent Goals with Applications to Politics*, Chicago 1970. Zur Anwendung alternativer Theorien von politischer Motivation auf österreichische Gemeinden siehe G. Bingham Powell, Jr., *Cultural and Strategic Explanations of Conflict Behavior: Partisan Elites in Austrian Communities*, Tagungspapier für die American Political Science Association, Sept. 2—5, 1975, San Francisco, Cal.

die starke Parteidisziplin ist eine Kampfabstimmung oder eine Stimmenthaltung eher eine Möglichkeit, einen Protest gegen das Ergebnis den der Abstimmung vorausgehenden Verhandlungen zum Ausdruck zu bringen als ein seriöser Versuch, Konzessionen zu erreichen oder gar etwas am Endergebnis zu ändern. Daß eine Partei die Abstimmung freigibt, gehört zu den seltenen Erscheinungen. Allgemein wird man sagen können, daß scharfe persönliche Attacken und der Boykott besser mit einer Theorie der politischen Feindschaft, Kampfabstimmungen und Stimmenthaltungen besser mit einer „bargaining“-Theorie erklärt werden. Die dritte Variante der Konfliktregulierung, die bewußte Anwendung konfliktvermeidender Strategien, erklärt vor allem das Verhältnis der beiden Großparteien zueinander.

Die Eliten der beiden Großparteien benutzten Konfliktregelungsmuster, die einer in Lager fragmentierten politischen Kultur angepaßt waren. Konfliktregelung wurde zwar von konstitutionellen Arrangements, wie dem gesetzlich vorgesehenen Regierungsproporz unterstützt, doch muß darüber hinaus die Konkordanzdemokratie auch als eine bewußte Anstrengung der Eliten betrachtet werden, ihre Kreise nicht durch Radikalismen von rechts oder links stören zu lassen. Dieses System der Konfliktregelung erwies sich als fähig, entweder die Streitigkeiten zu schlichten oder doch wenigstens zu entschärfen, obwohl die unmittelbaren Interessen der beiden Lager sich aufs schärfste berührten, wie etwa in den Lohn- und Preisabkommen und in der verstaatlichten Industrie. Trotz Interessenskollisionen kam es daher weder zu persönlichen Angriffen zwischen SPÖ und ÖVP noch zu einem Boykott. Auch die Kampfabstimmungen und Stimmenthaltungen hielten sich in annehmbaren Grenzen. In den 83 Fällen, in denen keine Einstimmigkeit im Gemeinderat erzielt werden konnte (62 Kampfabstimmungen und 21 Stimmenthaltungen) war die ÖVP mit 16 Fällen (10 Kampfabstimmungen und 6 Stimmenthaltungen) beteiligt. Dem Inhalt nach bezogen sich die Zwistigkeiten zwischen SPÖ und ÖVP zumeist auf Kommunalisierungsfragen, die vielfach zu Protesten des Kleingewerbes führten. Bewußt ausgeklammert aus den Konfrontationen waren jedoch die potentiell explosiven Themen des Austrofascismus und des Austromarxismus, wenn man von einem gutmütigen Austausch zwischen Koref und Walk absieht.³³⁵ Der Gegensatz von Marxismus und Antimarxismus, der im Gemeinderat zwischen 1918 und 1934 im Verhalten von Sozialdemokraten und Christlichsozialen noch stark hervortritt, wurde nach 1945 tabuisiert. Auch eine Diskussion von Korruptionsfällen wurde peinlichst vermieden. Die Budgets wurden ausnahmslos von beiden Großparteien getragen. Die Konfrontationen zwischen SPÖ und KPÖ dienten andererseits der Integration zwischen den Großparteien. Auf diese Weise konnte die SPÖ ihre über jeden Zweifel erhabene antimarxistische Haltung demonstrieren.

Der Pakt zwischen den beiden Großparteien wird manchmal auf die Entideologisierung der Politik zurückgeführt.³³⁶ Dies scheint etwas irreführend, denn trotz des geringeren ideologischen Gepäcks, das beide Parteien zur Konfliktaustragung brachten, blieb die Lagermentalität weiterhin eine psychologische Realität.³³⁷ Diese Realität zeigte sich besonders in den Wahlkämpfen, wenn die Interaktionen nicht mehr zwischen den Spitzenpolitikern erfolgten, sondern zwischen Eliten und parteipolitischen Fußvolk. Dann wurde die politische Landschaft repolarisiert. Die organisatorische Segmentierung der Lager wurde von der noch immer nachwirkenden politi-

³³⁵ Siehe Anm. 315.

³³⁶ Der Begriff eines rationalen „Vertrags“ zwischen den Großparteien in Österreich wurde besonders betont von William T. Bluhm, *Building an Austrian Nation, The Political Integration of a Western State*, New Haven 1973. Dazu auch Frederick C. Engelmann, *Austria: The Pooling of Opposition*. In: *Political Opposition in Western Democracies*, ed. Robert A. Dahl, New Haven 1966, 260–283. Zur Entideologisierung siehe Otto Kirchheimer, *The Waning of Opposition in Parliamentary Regimes*. In: *Social Research*, 24 (Summer 1957), 127ff; Kurt Steiner, *Politics in Austria*, Boston 1972; und Lehmbruch, *Proporzdemokratie* (wie Anm. 10).

³³⁷ Engelmann, *Pooling of Opposition* (wie Anm. 336), 267f.

schen Feindschaft komplementiert. Wahlkämpfe wurden zu bürgerkriegsähnlichen Manövern und Anlaß für lautstarke Beschwörungen historischer Ängste. Aber gerade diese Repolarisierung führte den Eliten auch vor Augen, wie wichtig die Praxis des Ausgleichs war. Ein System des Ausgleichs auf der Ebene der Spitzenpolitiker bedarf eben eines gewissen Maßes an politischer Apathie gegenüber den Tagesereignissen. So ist es kein Wunder, daß Koref z. B. stark gegen den Versuch des VdU protestierte, die Straße zur Wohnungsdebatte zu mobilisieren. Daß die Rolle des Gemeinderates als Institution der politischen Entscheidung angesichts eines solchen Systems des Interessenausgleiches radikal neu definiert werden mußte, war eine notwendige Folge. Der leicht autoritäre Charakter der Stadtverwaltung, der Präsidialdemokratie, wie sie manchmal gering-schätzig genannt wurde, ist aus der Notwendigkeit zu erklären, politische Fragen von den politischen Leidenschaften abzuschirmen. Oder, um es etwas anders auszudrücken, politische Fragen mußten als „Sachfragen“ deklariert werden.

Das Paradoxon einer solchen Politik des Ausgleichs besteht darin, daß die Spitzenpolitiker toleranter als das Parteifußvolk sein, sich aber gleichzeitig die Fähigkeit bewahren müssen, im Wahlkampf das Fußvolk mitzutragen. Die Spitzenpolitiker müssen also zugleich politische Partisanen und ausgleichsfreudige Technokraten sein. Abgesehen von den Spitzenpolitikern müssen unter den Gemeinderäten der Großparteien jene, die sich aus der Gewerkschaft und den Kammern rekrutieren, die Oberhand über die reinen politischen Partisanen haben. Unter diesen Voraussetzungen konnten Konflikte zwischen den Großparteien, die sich in häßlichen Debatten im Gemeinderat entladen hätten können, bereits im vorparlamentarischen Raume geregelt werden, was man unfreundlicherweise als „Packeln“ bezeichnet. Natürlich wurde der Gemeinderat als Ort politischer Entscheidungen wesentlich abgewertet. Seine Funktion bestand in der Ratifizierung der von den Großparteien bereits beschlossenen Vorlagen. Eine Funktion, die dem Gemeinderat verblieb, lag darin, den politischen Entscheidungsprozeß mit einem Minimum an Öffentlichkeit auszustatten und gelegentlich als Tribüne zu fungieren, um bestimmten Erklärungen erhöhtes politisches Gewicht zu verleihen.

Ohne Zweifel wurden durch die Erfordernisse der Konkordanzdemokratie die Partizipation der Öffentlichkeit an politischen Entscheidungen stark geschwächt und die Demokratiequalität des Gemeinderates verringert. Man muß aber berücksichtigen, daß eine Erhöhung der Demokratiequalität nur eine Funktion eines politischen Systems darstellt und man vom System auch die Erreichung anderer Ziele erwartet, wie gesellschaftliche Integration, d. h. soziale Stabilität, und Innovationen auf wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Gebieten. Stabilität, Leistung und Partizipation, das „magische Dreieck“ der Politik, kann aber nicht gleichzeitig optimiert werden.³³⁸ Mißt man die Ära Koref an der Erreichung dieser Ziele, wird man vor allem hohe Noten in der Herstellung sozialer Stabilität geben müssen. Aus dieser Sicht stellt sich z. B. die Versöhnungs- und Gesprächsbereitschaft Korefs mit den ehemaligen Nationalsozialisten nicht als Sympathieakt dar, sondern als rationale politische Entscheidung, durch Integration der „Ehemaligen“ die Stabilität des Gemeinwesens zu erhöhen. Auf dem Gebiete der kommunalpolitischen Leistungen begann die Ära Koref mit einer wirtschaftspolitischen Entscheidung allerhöchsten Ranges, nämlich die nach 1938 errichteten Industrien wieder aufzubauen. Sie endete mit zwei bedeutsamen kulturpolitischen Entscheidungen für die Errichtung der Universität und eines Konzerthauses; hohe Zensuren also auf wirtschafts- und kulturpolitischen Gebieten. Die Leistungen auf anderen Gebieten muß man mit Ausnahme der Verkehrsplanung wohl eher als konstruktives „Fortwursteln“ denn als rationale Stadtplanung bezeichnen. Da aber der Integration höchste Priorität eingeräumt wurde, mußten andere Zielsetzungen notwendigerweise leiden. Die Problematik der verringerten Demokratiequalität wurde bereits 1955 erkannt, die Prioritäten jedoch nicht signifikanterweise geändert. Die simultane Erreichung aller Ziele gehört wohl ins

³³⁸ Dazu Gerlich, Politisches System und Integration (wie Anm. 10), 177.

Reich der Utopie. Es kann keinen Zweifel geben, daß sich die Ordnung der Prioritäten der Ära Koref, nämlich 1. Integration, 2. Leistung und 3. Partizipation der Zustimmung der großen Mehrheit der Linzer erfreute. Sie wurde psychologischen und ökonomischen Unsicherheiten der Zwischenkriegszeit vorgezogen.

DIE SOZIOLOGISCHE STRUKTUR DES GEMEINDERATES

Im dritten Teil dieses Aufsatzes wurde versucht, das Verhalten der Gemeinderäte, insbesondere der Fraktionsführer, die politische Partnerschaft der Großparteien, die spezifische Natur der Entscheidungsprozesse und die Rolle des Gemeinderates als Institution zu analysieren. Im vierten Teil liegt das Interesse im Gruppenprofil des Gemeinderates und im Verhältnis der Beziehungen zwischen dem politischen System und der sozialen Basis, aus der die Gemeinderäte rekrutiert werden. Zu diesem Zwecke wurden die Gemeinderäte und Ersatzmänner nach bestimmten Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Schulbildung, Beruf, soziale Schichtung und politische Betätigung empirisch untersucht. Auf die Problematik von „background“-Studien braucht nicht nochmals eingegangen zu werden.³³⁹ Den methodologischen Ansatzpunkt bildet die Annahme, daß die Zusammensetzung politischer Eliten einen fundamentalen Index über die Art abgibt, wie Interessen in einem politischen System repräsentiert werden. Angesichts des kleinen statistischen Universums müssen allerdings Interpretationen *cum grano salis* genommen werden, speziell in bezug auf die Kleinparteien. Wer nun wirklich Macht in einem politischen System ausübt, kann nur durch detaillierte Fallstudien entschieden werden, außer man schließt sich einer strikt marxistischen Interpretation an, wonach die soziale Klasse der ausschlaggebende Indikator für politisches Verhalten ist.³⁴⁰

1. Geschlecht

Daß die Politik auch im Linzer Gemeinderat eine „männliche“ Beschäftigung ist, soll nicht überraschen. Obwohl die Frauen die Mehrheit der Wählerschaft bilden, sind sie im Gemeinderat weit aus in der Minderzahl vertreten. (Tabelle 10.) Erst 1961 stieg die weibliche Vertretung auf 10 %

Tabelle 10: Geschlecht der Gemeinderäte (in Prozenten und absolut)

Geschlecht	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
männlich	90,3 65	97,6 40	100 48	93,8 61	94,9 74	91,4 64	89,6 60
weiblich	9,7 7	2,4 1	—	6,2 4	5,1 4	8,6 6	10,4 7
Summe	100 72	100 41	100 48	100 65	100 78	100 70	100 67

³³⁹ Der Verfasser hat die Problematik in den beiden vorhergehenden Abschnitten des Gesamtprojektes behandelt und die nötigen Literaturhinweise gegeben. Dazu Tweraser, Linzer Gemeinderat 1880—1914 (wie Anm. 1), 314—315; Linzer Gemeinderat 1914—1934 (wie Anm. 2), 247—248.

³⁴⁰ Der Verfasser muß hier methodologische Farbe bekennen. Er steht der pluralistischen Schule nahe, die nicht ausschließt, daß auch eine nichtrepräsentative Elitenkomposition eine angemessene Vertretung der Masseninteressen liefern kann, was von Marxisten natürlich verneint wird.

an, was keineswegs als großer Fortschritt gegenüber der Zwischenkriegszeit bezeichnet werden kann. Dieser Prozentsatz korrespondiert mit dem des Nationalrates, kontrastiert aber ungünstig zu Wien und Graz (15 %).³⁴¹ Analysiert man das Geschlecht der Gemeinderäte nach Parteizugehörigkeit, kommt man zum Schluß, daß die SPÖ konsistenter war, weibliche Bewerber an aussichtsreichen Stellen auf der Kandidatenliste zu plazieren. Aber auch hier muß man berücksichtigen, daß eine Partei, die sich angeblich frauenfreundlich gibt, gegenüber Wien (20 %) und Graz (17 %) zurückbleibt. (Tabelle 11).³⁴² Daß der Nationalsozialismus der politischen Betätigung der Frauen feindlich gegenüberstand, ist wohl bekannt. Die KPÖ, der VdU und die FPÖ wa-

Tabelle 11: Geschlecht der Gemeinderäte nach Parteizugehörigkeit (in Prozenten und absolut)

Partei	1931		1946		1949		1955		1961	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
SD-SPÖ	86,8 33	13,2 5	90,0 36	10,0 4	90,0 27	10,0 3	89,2 33	10,8 4	88,9 32	11,1 4
CS-ÖVP	93,3 14	6,7 1	100,0 23	0 0	100,0 20	0 0	89,5 17	10,5 2	90,0 18	10,0 2
GD- VdU-FPÖ	80,0 4	20,0 1			95,8 23	4,2 1	100,0 11	0 0	85,7 6	14,3 1
KPÖ	0 0	0 0	100,0 2	0 0	100,0 4	0 0	100,0 3	0 0	100,0 4	0 0

ren „männliche“ Parteien, was für KPÖ und FPÖ aus der geringen Anzahl ihrer Mandate erklärlich ist. Beim VdU wirkten wohl noch nationalsozialistische Vorurteile nach. Aber auch die schwache Vertretung der Frauen in der ÖVP in den Jahren 1946 und 1949 muß aus kulturell-religiösen Faktoren verstanden werden. Im allgemeinen war der Trend in bezug auf die Rekrutierung weiblicher Kandidaten leicht ansteigend, aber immer noch insignifikant. Hier handelt es sich um einen klaren Fall von Unterrepräsentation.

2. Altersstruktur

Die Etablierung eines neuen politischen Systems ist mit einer vergleichsweise größeren Bevorzugung jüngerer Jahrgänge verbunden. Dies ist auch klar aus der Altersstruktur der Jahre 1934 und 1939 erkenntlich, wobei überraschenderweise das Durchschnittsalter der Vertreter des Ständestaates ungefähr dem der Nationalsozialisten entsprach. (Tabellen 12 und 13) Die Gemeinderäte nach 1945 waren im Durchschnitt älter als die in der Zwischenkriegszeit. (Tabelle 13) Die hohen Werte für 1946 reflektieren die Restauration der liberalen Demokratie durch die Politiker der Großparteien, die bei Kriegsende in der Stadt lebten und zu diesem Zeitpunkt meist bereits über 45 Jahre alt waren. Beide Großparteien zeigen einen langsamen Trend zur Verjüngung in den folgenden Jahren. Die Generation der Gemeinderäte, die ihre politischen Erfahrungen in der turbu-

³⁴¹ Dazu Peter Gerlich und Helmut Kramer, Abgeordnete in der Parteiendemokratie, Wien 1979, 63—67.

³⁴² Daß politische Betätigung in ganz Oberösterreich als männliches Vorrecht betrachtet wird, bestätigt Erwin Wenzl, Die Alters- und Berufsstruktur der Gemeindefunktionäre in Oberösterreich, Linz 1964. Er führt aus, daß nur 1,4 % der Sitze in den Gemeinderäten von Frauen eingenommen werden. Die SPÖ führt mit einem bescheidenen Prozentsatz von 3,4.

lenten Zwischenkriegszeit sammelte, wird langsam durch Mandatare ersetzt, die dieser politischen Sozialisierung nicht unterworfen waren. (Tabelle 14) Die relative Überalterung der Mandatare der Arbeiterparteien zeigt sich auch in Linz zwischen 1945 und 1955. SPÖ und KPÖ wiesen eine höhere Zahl von Gemeinderäten über 45 Jahre auf als die ÖVP.

Tabelle 12: Altersstruktur (in Prozenten und absolut)

Alter/Jahre	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
Unter 34	12,5 9	17,1 7	18,8 9	3,1 2	20,15 16	12,9 9	6,0 4
34—44	38,9 28	41,5 17	41,7 20	18,5 12	19,2 15	25,7 18	34,3 23
45—54	23,6 17	24,4 10	27,1 13	50,8 33	38,5 30	30,0 21	35,8 24
55—64	22,2 16	12,2 5	10,4 5	23,1 15	19,2 15	27,1 19	19,4 13
65—69	1,4 1	2,4 1	2,1 1	3,1 2	2,6 2	1,4 1	3,0 2
70—74	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	1,4 1	1,5 1
75 und darüber	1,4 1	2,4 1	0 0	1,5 1	0 0	1,4 1	0 0
Summe	100 72	100 41	100 48	100 65	100 78	100 70	100 67

Tabelle 13: Durchschnittsalter der Mandatare nach politischer Zuordnung

Partei	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
SD-SPÖ	47,9			50,4	49,1	48,4	46,5
CS-ÖVP	44,6			48,8	48,3	46,8	48,4
GD-VdU-FPÖ	48,2			—	39,8	51,6	50,7
KPÖ	—			46,5	50,0	45,7	49,3
VF	—	42,1					
NS	38,0		43,0				
Gemeinderat	45,3			49,7	46,1	48,4	47,6

Tabelle 14: Altersstruktur nach politischer Zuordnung (in Prozenten)

Partei	1946	1949	1955	1961
SPÖ über 45	80,0	70,0	59,5	50,1
ÖVP über 45	72,7	65,0	52,6	70,0
KPÖ über 45	100,0	75,0	66,7	50,0
VdU-FPÖ über 45	—	41,6	72,7	85,7

Der VdU rekrutierte junge ehemalige Nationalsozialisten und andere Unzufriedene der jüngeren Generation. Er wies 1949 das geringste Durchschnittsalter im Gemeinderat auf, durchaus vergleichbar mit den Antisystemparteien der Zwischenkriegszeit. Dies war nicht verwunderlich, zeichnete er sich ja auch anfangs durch einen gewissen Antisystemeffekt aus. Ironischerweise

wurde die FPÖ als Nachfolgepartei des VdU von älteren Politikern kontrolliert, die ihre formativen Erfahrungen in der Ersten Republik und früher gesammelt und fast durchwegs eine NS-Vergangenheit hatten. Die Erhöhung der Altersstruktur in der Kategorie von über 45 Jahren zwischen 1949 und 1955 von 46,6 % auf 72,4 % ist jedenfalls dramatisch. Diese außergewöhnliche Überalterung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Strukturveränderungen des VdU in den Jahren 1950 bis 1955.

Interessant ist auch, daß es der Linzer SPÖ besser als der Wiener gelang, jüngere Kandidaten anzuziehen.³⁴³ Allerdings muß man auch für Linz festhalten, daß angesichts der gewaltigen sozialen Veränderungen in den fünfziger Jahren das überwiegende Rekrutierungsmuster, nämlich die „Ersitzung“, eine unangemessene Antwort auf eine neue Zeit war.³⁴⁴ Es steht jedenfalls fest, daß jüngere Leute bei allen Parteien mit Ausnahme des VdU unterrepräsentiert waren.

3. Konfessionszugehörigkeit

Religionszugehörigkeit bzw. Konfessionslosigkeit haben in Österreich hohe prädiktive Kraft, obwohl nach 1945 die Korrelation zwischen religiöser und politischer Überzeugung auf Grund der reservierten Haltung der Kirche etwas schwächer geworden war.³⁴⁵ Nicht überraschend kommt, daß im Klerikalfaschismus von 1934 die Vertreter mit römisch-katholischem Bekenntnis mit 92,7 % am höchsten und im NS-Regime mit 25 % am niedrigsten waren. (Tabelle 15) Die Veränderung der Haltung der Sozialisten gegenüber der Kirche wirkt sich erst 1961 aus. Bis 1955 war die Zahl der konfessionslosen sozialistischen Gemeinderäte vergleichbar mit 1931, was auf die wesentliche Kontinuität in der Zusammensetzung der SPÖ-Fraktion zwischen 1931 und 1946 schließen läßt. 1949 finden wir eine protestantische Vertretung in der ÖVP-Fraktion, vielleicht ein Indiz für die verringerte Bindung zwischen der christlichen Partei und dem politischen Katholizismus. Der VdU, aber besonders die FPÖ sind die wahren Nachfolger des antiklerikalen Deutschnationalismus mit ihren disproportional hohen Prozentsätzen an Protestanten und „Gottgläubigen“ (Tabelle 16). Juden waren im Gemeinderat nach 1945 nicht mehr vertreten, eine später „Triumph“ der Hitlerschen Rassenpolitik. Im Vergleich mit der religiösen Zusammensetzung der Linzer Bevölkerung (1961 gab es 86 % Katholiken, 7 % Protestanten und nur 6 % Konfessionslose) ergibt sich eine krasse Unterrepräsentation von Katholiken und eine Überrepräsentation von Konfessionslosen. Da aber eine Volkszählung keinen Unterschied zwischen überzeugten Katholiken, durchschnittlichen Dominikanten, Saisonkatholiken und Taufscheinkatholiken macht, kommen die Variationen in der Intensität des Glaubensbekenntnisses besser in Gremien zum Ausdruck, deren Zusammensetzung eine enge Verknüpfung von konfessionellen und politischen Bedingungen und Interessen zeigt. Es mag daher Tabelle 16 eine realistischere Darstellung der konfessionellen Lage in Linz als die Volkszählung 1961 geben.

4. Geographische Herkunft

Im Vergleich mit den Resultaten der Volkszählung 1951 sind die Linzer im Gemeinderat leicht überrepräsentiert.³⁴⁶ (Tabelle 17) 1951 waren 35,12 % der Bevölkerung in Linz geboren, im Ver-

³⁴³ Dazu Gerlich — Kramer, Abgeordnete (wie Anm. 341), 60f.

³⁴⁴ Eine allgemeine Diskussion von Alter und politischem Verhalten findet sich in Henrik Kreutz, Altersrolle, soziale Schicht und politische Generationsbildung in Österreich. In: Leopold Rosenmayr und Sigurd Höllinger, Hrsg., Soziologie. Forschung in Österreich, Wien 1969, 363—400.

³⁴⁵ Dazu allgemein Erika Weinzierl, Die Katholische Kirche. In: Österreich. Die Zweite Republik, Bd. 2, 285—319.

³⁴⁶ Zur Analyse der Volkszählung 1951 siehe Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1952, 24.

Tabelle 17: Geographische Herkunft*) der Gemeinderäte (in Prozenten)

	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
Linzer und Urfahr	40,3	46,4	39,6	46,1	38,4	41,4	44,7
Oberösterreich	33,3	26,8	29,2	26,2	23,1	21,4	25,5
Alpenprovinzen und Wien	11,1	17,1	18,8	13,8	23,1	24,3	19,4
Böhmen, Mähren, Schlesien	9,7	2,4	6,3	6,2	7,7	7,1	9,0
Übrige Monarchie	5,6	4,9	—	7,7	5,1	2,9	1,5
Ausland	—	2,4	6,3	—	2,6	2,9	—

Tabelle 18: Geographische Herkunft*) der Gemeinderäte nach politischer Zuordnung (in Prozenten)

	1946			1949			1955			1961		
	SPÖ	ÖVP	KPÖ	SPÖ	ÖVP	WdU	SPÖ	ÖVP	FPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ
Linzer und Urfahr	47,5	43,5	50,0	43,4	55,0	16,6	35,2	68,3	9,1	30,5	70,0	14,3
Oberösterreich	27,5	21,7	50,0	23,3	10,0	29,2	32,4	5,3	9,1	38,9	15,0	—
Alpenprovinzen und Wien	12,5	17,4	—	13,3	20,0	41,6	21,6	15,8	54,5	16,7	10,0	71,4
Böhmen, Mähren, Schlesien	5,0	8,7	—	13,3	5,0	4,2	10,8	—	9,1	13,9	5,0	—
Übrige Monarchie	7,5	8,7	—	6,7	5,0	4,2	—	5,3	9,1	—	—	14,3
Ausland	—	—	—	—	5,0	4,2	—	5,3	9,1	—	—	—

*) Die geographischen Kategorien wurden zur besseren Vergleichbarkeit mit den vorangegangenen Untersuchungen über den Linzer Gemeinderat beibehalten.

gleich mit 38,4 % der Gemeinderäte von 1949. Die Mitglieder des Gemeindetages von 1934, die Ratsherren von 1939 und die Gemeinderäte von 1946 zeigen nur unbedeutende Differenzen in ihrer „Bodenständigkeit“ auf. Über alle politischen Systeme hinweg setzt sich das Gemeindegremium in seiner überwältigenden Mehrheit aus Mandataren zusammen, die in Linz und Oberösterreich geboren wurden. In der Aufschlüsselung nach Parteizugehörigkeit fällt allerdings auf, daß eine relativ hohe Zahl der VdU-FPÖ-Mandatare aus Wien und anderen Bundesländern kommt. (Tabelle 18) Die Kommunisten sind Linzer und Oberösterreicher. Nicht reflektiert in der Zusammensetzung des Gemeinderates sind die Sudetendeutschen und andere Volksdeutsche, obwohl sie im VdU eine wortgewaltige Repräsentation fanden.

5. Schulbildung der Gemeinderäte

Die Schulbildung spiegelt den sozioökonomischen Status wider. Die Zahlen über den Bildungsgang sollten daher Aussagekraft über den Grad sozioökonomischer Vorurteile, die die Rekrutierung der Gemeinderäte bestimmen, besitzen. Erziehungschancen waren auch für die Gemeinderäte, die von 1934 bis 1961 ihr Mandat ausübten, stark klassengebunden. Andererseits sollte man nicht vergessen, daß von allen Karrieren die politische am wichtigsten vom Grad der Schulbildung abhängt. Das Bildungsprivileg ist daher kein unüberwindliches Hindernis für den Politiker. Ein Vergleich der von den Gemeinderäten erreichten höchsten Stufe der Schulbildung zeigt, daß die Ratsherren von 1939 bei weitem die höchsten Prozentsätze aufweisen, was ein nicht unbedingt konklusives, aber doch bezeichnendes Licht auf die soziale Basis des Nationalsozialismus in Linz wirft. Rund ein Drittel der Ratsherren hatte akademische Titel, was dem Prozentsatz des Gemeinderates von 1880 gleichkam. (Tabelle 19) Der Gemeinderat von 1946 zeigte einen außergewöhnlichen hohen Prozentsatz von Mandataren, die nur Volksschule oder Hauptschule absolviert hatten. Er war höher als jemals in der Zwischenkriegszeit. Die folgenden Wahlen führen jedoch zu einem langsamen Rückgang dieser Prozentzahlen.

1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
48,7	39,1	35,4	63,1	51,3	45,7	44,8

Der zunehmende Trend zur besseren Schulbildung ist auch aus der Zahl der Gemeinderäte mit höherer Schulbildung (mit oder ohne Matura) ersichtlich. Gymnasium und Realgymnasium

1946	1949	1955	1961
29,2	28,2	35,7	40,3

als Türen zur Universität erhöhten sich aber nach 1945 im Vergleich zur Zwischenkriegszeit nicht. (Tabelle 20) Die bevorzugte Mittelschule der Ratsherren war die Realschule. Vielleicht bedeutet dies eine Abwendung von den humanistischen Werten, die durch das Gymnasium repräsentiert sind. Dieser Trend setzt sich in abgeschwächter Form nach 1945 fort. In bezug auf die Hochschulbildung demonstriert das Jahr 1939 einen Vorzug für das technische Studium. Nach 1945 setzt sich aber das Juristenmonopol wieder durch. (Tabelle 21).

Analysiert man die Schulbildung der Gemeinderäte nach Parteizugehörigkeit, so findet man jene Differenzen, die auf Grund der sozialen Basis der verschiedenen Parteien zu erwarten sind, da ja Bildung eng mit bestimmten Berufspositionen und jene wieder mit dem Sozialstatus korrelieren. (Tabelle 22) Gegenüber den Sozialisten hat die ÖVP-Fraktion eine stärkere Vertretung von Akademikern, im Vergleich mit dem VdU, aber besonders der FPÖ eine schwächere. Die Differenz zwischen VdU und FPÖ in dieser Kategorie demonstriert deutlich das Abspringen des Arbeiterflügels und die Rückkehr des 3. Lagers zur sozialen Basis der Zwischenkriegszeit. Die SPÖ zeigte

die schwächste Anziehungskraft für Akademiker, obwohl man sich auf Grund der starken Stellung der SPÖ im Management der verstaatlichten Industrie eine größere Vertretung erwartet hätte. Die KPÖ war gemäß der Schulbildung ihrer Mandatare die einzige wahrhaft proletarische Partei.³⁴⁷ Allgemein muß gesagt werden, daß der Bildungsstand der Gemeinderäte den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft schwerlich genügt.

Tabelle 19: Höchste Stufe der Schulbildung (in Prozenten)

	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
Volksschule	18,1	9,8	—	18,5	12,8	5,8	6,0
Hauptschule	30,6	29,3	35,4	44,6	38,5	40,0	38,8
Mittlere berufsbild. Schule ohne Matura	20,8	17,1	6,3	13,8	16,7	18,6	17,9
Gymnasium, Real- schule, Lehrer- bildungsanstalt	11,1	24,4	22,9	15,4	11,5	17,1	22,4
Universität	19,4	19,5	33,3	7,7	19,2	17,1	13,4
Unbekannt	—	—	2,1	—	1,3	1,4	1,5

Tabelle 20: Typus der Schule mittlerer Reife (absolute Zahlen)

	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
Gymnasium/Realgym.	12	10	8	7	10	7	10
Realschule	—	1	13	1	5	6	5
Handelsakademie	3	2	1	3	3	1	1
Staatsgewerbeschule	2	2	3	3	2	1	2
Lehrerbildungsanstalt	4	1	2	1	—	2	2
Andere	1	2	—	—	4	7	4
Unbekannt	—	—	1	—	1	1	1
Summe	22	18	28	15	25	25	25

Tabelle 21: Spezialisierung / Universitätsstudium (absolute Zahlen)

	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
Juristisches Studium, Doktorat	9	3	5	4	8	6	5
Juristisches Studium	—	1	—	—	—	—	—
Medizinisches Studium	2	1	1	—	2	1	1
Technische Hochschule	—	—	6	—	3	3	1
Doktor der Philosophie	1	2	2	1	1	1	2
Andere	1	1	2	—	1	1	—
Summe	13	8	16	5	15	12	9
davon mit Doktorat	12	6	8	5	12	9	8

³⁴⁷ Die Bildungsreformen der Jahre nach 1960 sind natürlich in den untersuchten Mandataren noch nicht reflektiert. Man sollte annehmen, daß sie in den achtziger Jahren zu einem Anheben des Bildungsniveaus im Gemeinderat führen werden. Zu den Bildungsreformen siehe Irmfried Speiser und Sigurd Höllinger, Bildungschancen. In: Die österreichische Gesellschaft, Wien 1972, 137—161.

6. Berufsstruktur und soziale Schichtung

Die sozialstrukturellen Veränderungen der Gemeinderäte von 1934 bis 1961 wurden mit Hilfe der beruflichen Zuordnung und der Schulbildung analysiert.³⁴⁸ Ausgehend vom obigen grob gehaltenen Schema ergab sich folgende Distribution der während der Mandatsperiode ausgeübten Berufe. (Tabelle 23) Ganz klar ersichtlich ist die ansteigende Kurve des neuen Mittelstandes in Form von Angestellten des öffentlichen Dienstes, der Interessenorganisationen und der Parteien. Ein anderer Trend ist die weitere Schrumpfung des Anteils der Selbständigen und freien Berufe nach 1946. Es scheint, daß Selbständige und Freiberufliche immer weniger willens sind, im Gemeinde-

	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
Selbständige	22,3	31,5	39,7	21,6	28,3	21,4	12,9
Unselbständige	77,7	68,5	60,3	78,4	71,7	78,6	87,1

rat ein Mandat auszuüben. Kontrastierend zu diesem Trend ist der Anstieg der Berufe im öffentlichen Dienst im weiteren Sinne. Verwaltungserfahrung, die im öffentlichen Dienst erworben wurde, ist natürlich auch im Gemeinderat nützlich. Darüber hinaus ist ein Sitz im Gemeinderat einer Karriere im öffentlichen Dienst oder einer Interessenvertretung keineswegs abträglich. Die An-

³⁴⁸ Es wurde das folgende Kodifikationsschema für die Berufe und Schichten angewandt.

1. Selbständige (Großkaufleute, Unternehmer, Rentiers, Landwirte, kleine und mittelbetriebliche Gewerbetreibende und Händler, Gastwirte und Hoteliers)
2. Freie Berufe (Rechtsanwalt, Arzt, Apotheker, Architekt, Zivilingenieur, Baumeister)
3. Mittlerer und höherer öffentlicher Dienst (Beamte und Angestellte von Bund, Land und Gemeinde, Eisenbahn, Post, Kirche, Kammern, Gewerkschaften, Parteien, auch Lehrer und Professoren)
4. Niedriger öffentlicher Dienst (niedrige öffentliche Angestellte und Arbeiter, Eisenbahner und Postbedienstete)
5. Privatangestellte
6. Arbeiter
7. Hausfrauen
8. Pensionisten

Um einen Maßstab der sozialen Stratifikation der Gemeinderäte erstellen zu können, wurden alle Gemeinderäte nach Beruf und Schulbildung in fünf Schichten eingeordnet:

1. Oberschicht (Unternehmer, Großkaufleute, Ärzte, höhere öffentliche und private Angestellte)
2. Alter Mittelstand (kleine und mittlere Gewerbetreibende und Händler, Landwirte)
3. Neuer Mittelstand (mittlerer öffentlicher Dienst und Privatangestellte)
4. Facharbeiter und niedriger öffentlicher Dienst
5. Hilfsarbeiter

Schichten 2 und 3 konstituieren die Mittelschicht, Schichten 4 und 5 die Unterschicht.

Über die Probleme der Entwicklung verlässlicher Indikatoren zur Herausarbeitung der Sozialstruktur vgl. Albert Kaufmann, Soziale Schichtung und Berufsstatistik. In: Soziologie. Forschung in Österreich, 319—347; Karl Martin Bolte, Einige Anmerkungen zur Problematik der Analyse von „Schichtungen“ in sozialen Systemen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5, 1961, 29—53; Erich Bodzenta — Norbert Freytag, Soziale Ungleichheit. In: Die österreichische Gesellschaft, 100—136. Die fehlenden Angaben über das Einkommen verhinderten eine präzisere Abgrenzung der sozialen Schichten. Es ist sehr wohl möglich, daß ein Facharbeiter ein höheres Einkommen als jemand aus dem alten oder neuen Mittelstand hatte. Es ist aber allgemein anerkannt, daß in Österreich die Statuskristallisation hoch ist, d. h. nur wenige Personen hatten einen inkonsistenten sozialen Status, wie hohes Einkommen und einen Beruf, der einen niedrigen Sozialstatus impliziert. Zur Konzeption des Begriffes „soziale Schichtung“ auch Ralf Dahrendorf, Class and Class Conflict in Industrial Society, Stanford 1959. Zur Problematik der Zuweisung von Personen zu einer sozialen Schicht beim Fehlen von Einkommensdaten vgl. Renate Mayntz, Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde, Stuttgart 1958.

Tabelle 22: Schulbildung der Gemeinderäte nach politischer Zuordnung (in Prozenten)

	1946			1949			1955			1961		
	SPÖ	ÖVP	KPÖ	SPÖ	ÖVP	VdU	SPÖ	ÖVP	FPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ
Volksschule	22,5	8,7	50,0	16,8	5,0	8,3	10,9	—	—	8,3	—	—
Hauptschule	45,0	43,5	50,0	40,0	40,0	33,3	45,9	26,3	27,3	44,4	25,0	28,5
Mittlere berufsbildende Schule ohne Matura	17,5	8,7	—	23,3	15,0	12,5	21,6	15,8	18,2	16,7	25,0	14,3
Gymnasium, Realschule, LBA	10,0	26,1	—	3,3	20,0	16,7	10,8	42,1	—	16,7	40,0	14,3
Universität	5,0	13,0	—	13,3	20,0	29,2	8,1	15,8	54,5	11,1	10,0	42,9
Unbekannt	—	—	—	3,3	—	—	2,7	—	—	2,8	—	—

Tabelle 25: Erlernter Beruf der Gemeinderäte nach Parteizuordnung (in Prozenten)

	1946			1949			1955			1961		
	SPÖ	ÖVP	KPÖ	SPÖ	ÖVP	VdU	SPÖ	ÖVP	FPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ
1. Selbständige	—	8,7	—	—	15,0	—	—	5,3	—	—	5,0	—
2. Freie Berufe	—	8,7	—	—	5,0	12,5	2,7	5,3	18,2	5,6	5,0	14,3
3. Mittlerer und höherer öffentlicher Dienst	7,5	13,0	—	6,7	15,0	16,7	8,1	31,6	27,3	16,7	30,0	42,8
4. Niedriger öff. Dienst	15,0	13,0	—	13,3	15,0	—	5,4	15,8	9,1	8,3	5,0	14,3
5. Privatangestellte	27,5	13,0	—	23,3	10,0	37,5	21,6	26,2	36,3	22,2	25,0	14,3
6. Arbeiter	50,0	43,6	100	56,7	40,0	33,3	62,2	15,8	9,1	47,2	30,0	14,3

sätze zur Professionalisierung politischer Betätigung ist auch vom niedrigen Prozentsatz manueller Arbeiter im Gemeinderat indiziert. Die Interessen der Arbeiter werden von den Institutionen repräsentiert, die ihre eigenen Angestellten und Beamten in legislative Gremien senden. Eine große Zahl von Kammer-, Gewerkschafts- und Parteifunktionären im Gemeinderat ist in ihrer Karriere nicht vom Wähler abhängig, sondern von jener bürokratischen Institution, für die sie arbeitet.³⁴⁹

Ausgeübter Beruf und erlernter Beruf koinzidieren bei Politikern meist nicht. (Tabelle 24) Ein Vergleich der Tabellen 23 und 24 zeigt, daß, gemessen am erlernten Beruf, ein beträchtlicher Teil der Gemeinderäte aus dem Arbeiterstand kam. Ohne Zweifel bieten Interessenverbände und Parteien wichtige Aufstiegschancen, die aber nur genutzt werden können, wenn der Arbeiter ein Mindestmaß an administrativen Fähigkeiten aufweist. Die steigende Zahl öffentlicher Angestellter im Gemeinderat ist ein Teil der umfassenden Bürokratisierung, die in der Logik des Wachstumspaktes angelegt ist und die wiederum die Sozialpartner zur institutionalisierten Kooperation zwingt. Zur Realisierung der technokratischen Vision sind den Klassenkampf predigende Ideologen und Arbeiter ohne administrative Fähigkeiten unerwünscht. Auf die Parteilisten werden jene Arbeiter gesetzt, die sich im eisernen Käfig des Wachstumspaktes bewähren, allerdings nicht mehr als Arbeiter, sondern als öffentliche Angestellte.

Eine Aufschlüsselung der Berufsverteilung nach Parteizugehörigkeit bringt einige interessante Ergebnisse. Der Ständestaat sah ein kurzes Aufleben erhöhter Repräsentation der Selbständigen,

Tabelle 23: Ausgeübter Beruf während der Mandatsperiode (in Prozenten)

	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
1. Selbständige	12,5	24,3	21,0	17,0	19,3	14,3	13,4
2. Freie Berufe	9,8	7,2	18,7	4,6	9,0	7,1	3,0
3. Mittlerer und höherer öffentlicher Dienst	55,7	26,6	50,3	50,7	31,9	45,8	55,3
4. Niederer öffentlicher Dienst	6,8	2,4	—	10,8	9,0	7,1	3,0
5. Privatangestellte	5,6	29,3	14,6	9,2	21,9	17,2	17,8
6. Arbeiter	2,8	7,3	—	3,1	5,1	2,8	3,0
7. Hausfrauen	6,8	—	—	4,6	3,8	5,7	3,0
8. Unbekannt	—	2,4	—	—	—	—	1,5

Tabelle 24: Erlernter Beruf der Gemeinderäte (in Prozenten)

	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
1. Selbständige	4,2	7,3	10,5	3,0	3,9	1,4	1,5
2. Freie Berufe	9,8	4,8	23,0	3,1	5,1	5,7	6,0
3. Mittlerer und höherer öffentlicher Dienst	19,3	24,2	16,8	9,0	9,0	11,7	17,1
4. Niederer öffentlicher Dienst	9,7	7,2	8,4	13,8	11,7	17,1	22,5
5. Privatangestellte	9,7	29,3	20,9	21,5	22,1	25,8	22,4
6. Arbeiter	43,1	26,8	20,9	59,2	47,4	41,3	40,3
7. Hausfrauen	1,4	—	—	—	—	—	—
8. Unbekannt	2,8	—	—	—	—	—	—

³⁴⁹ Zur Praxis öffentlich-rechtlicher und Gemeindebediensteter, während ihrer politischen Betätigung vom Dienst freigestellt zu werden, siehe Hans Heinz Fabris, *Demokratische Auswahl. Politische Führungsschichten im Parteienstaat. Am Beispiel der 2. Österreichischen Republik, 1945—1967*, phil. Diss. Salzburg 1968.

die eine Komponente der sozialen Basis des autoritären Experiments darstellen; die beiden anderen Gruppen waren öffentlicher Dienst und überraschenderweise Privatangestellte. Selbständige sind auch angemessen im NS-System vertreten. Außergewöhnlich ist der hohe Prozentsatz an freien Berufen (siehe Tabelle 23). Sowohl der Ständestaat als auch der Nationalsozialismus lockten eine Anzahl von Arbeitern an (siehe Tabelle 24). Der Trend, Gemeinderäte aus dem öffentlichen Dienst im weiteren Sinne zu rekrutieren, ist universal. Beide Großparteien praktizieren die Personalunion zwischen Kammer, Gewerkschaft, Partei und Gemeinderat.³⁵⁰ (Tabelle 26) Selbständige und Freiberufliche sind noch immer eher Gemeinderäte der ÖVP als der SPÖ. Der Prozentsatz der öffentlichen Bediensteten ist aber auch in der ÖVP im Ansteigen, was sich im Machtverhältnis von Wirtschaftsbund und ÖAAB zueinander auswirkt.³⁵¹ Arbeiter spielen als Gemeinderäte mit Ausnahme des VdU keine Rolle in den größeren Parteien (siehe Tabelle 26). Andererseits zeigt ein Vergleich der erlernten Berufe ein etwas differenzierteres Bild. 1946 und 1949 rekrutieren beide Großparteien ehemalige Arbeiter. 1955 sehen wir ein scharfes Abspringen bei der ÖVP, um 1961 wieder auf 30 % zurückzukehren. (Tabelle 25) Daß die SPÖ bei der Rekrutierung von ehemaligen Arbeitern konsistent hoch war, reflektiert ihre noch immer vorherrschende Verankerung in dieser Gesellschaftsschicht. Die kleine Anzahl der kommunistischen Mandate geht automatisch zu den Parteiangestellten. Interessant ist der hohe Prozentsatz von Privatangestellten und Arbeitern im VdU. Es war dies wahrscheinlich eine Folge der NS-Vergangenheit einiger VdU-Gemeinderäte, die zeitweilig aus anderen Berufen verbannt waren. Aber auch die Attraktion auf antiklerikale und antimarxistische Elemente dieser Berufsschichten wird dadurch reflektiert.

Die soziale Schichtung des Gemeinderates spiegelt die immer ausgeprägter werdende Dominanz des neuen Mittelstandes wider. (Tabelle 27)³⁵² Die Zahlen demonstrieren, daß Linz aus einem Stadium einer pluralistischen Gesellschaft mit einer schwachen industriellen Struktur in der Zwischenkriegszeit in ein Stadium einer pluralistischen Gesellschaft mit einer starken technokrati-

Tabelle 27: Soziale Schichtung der Gemeinderäte (in Prozenten)

	1931	1934	1939	1946	1949	1955	1961
1. Oberschicht	9,7	17,0	22,9	3,1	7,7	7,1	11,9
2. Alter Mittelstand	12,5	29,3	8,3	9,2	7,7	4,3	3,0
3. Neuer Mittelstand	56,9	43,9	68,8	63,1	62,8	74,3	77,6
4. Facharbeiter	18,1	7,3	—	23,1	19,2	12,9	7,5
5. Hilfsarbeiter	1,4	2,4	—	1,5	2,6	1,4	—
6. Unbekannt	1,4	—	—	—	—	—	—

schen Struktur eingetreten war. Eine einfache soziologische Kategorie wie „neuer Mittelstand“ verbirgt wahrscheinlich die Komplexität und die Kontradiktionen innerhalb dieser dominanten Schicht. Vielleicht ist folgende Verallgemeinerung erlaubt: Nach 1945 konzentrierte diese Schicht ihre Energien zunehmend auf das Wirtschaftswachstum und nicht auf ideologische Satisfaktion. Die Tatsache, daß alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten an diesem Trend teilhaben, ist ein Zeugnis für ihre Universalität. (Tabelle 28)

³⁵⁰ Allgemein zur Verflechtung österreichischer Parlamentarier mit Interessenvertretungen siehe Pelinka — Welan, *Demokratie und Verfassung* (wie Anm. 320), 99—101.

³⁵¹ Dazu allgemein Alfred Stirnemann, *Interessengegensätze und Gruppenbildungen innerhalb der Österreichischen Volkspartei*, Wien 1969.

³⁵² Die einzige empirische Studie sozialer Schichtung in Linz ist von Otto Nigsch, *Determinanten der Bildungsbereitschaft, Diplomarbeit*, Linz 1970. Aus einem Sample von 400 Personen und basierend auf einem Index von Nettoeinkommen, Schulbildung und Beruf resultierte die folgende Stratifikation: Oberschicht 13 %, obere und untere Mittelschicht 72 %, Unterschicht 15 %.

Tabelle 26: Ausgeübter Beruf während der Mandatsperiode nach Parteizuordnung (in Prozenten)

	1946			1949			1955			1961					
	SPÖ	ÖVP	KPÖ	SPÖ	ÖVP	WdU	KPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
1. Selbständige	10,8	30,5	—	11,1	40,0	16,7	—	11,8	22,2	18,2	—	5,9	25,0	33,3	—
2. Freie Berufe	2,7	8,7	—	3,7	15,0	12,5	—	2,9	16,7	9,1	—	—	10,0	—	—
3. Mittlerer und höherer öffentlicher Dienst	59,5	39,1	100	55,6	25,0	12,5	50,0	61,7	38,8	18,2	66,7	67,7	50,0	—	100
4. Niederer öff. Dienst	16,2	4,3	—	18,5	5,0	—	25,0	11,8	5,6	—	—	5,9	—	—	—
5. Privatangestellte	10,8	8,7	—	11,1	15,0	41,6	25,0	11,8	16,7	45,4	—	17,6	15,0	50,0	—
6. Arbeiter	—	8,7	—	—	—	16,7	—	—	—	9,1	33,3	2,9	—	16,7	—

Tabelle 28: Soziale Schichtung der Gemeinderäte nach Parteizuordnung (in Prozenten)

[illegible]

Der Rückgang des neuen Mittelstandes und der kurzfristige Aufstieg des alten Mittelstandes während des Ständestaates ist Beweis für eine rückwärtsgewandte utopische Haltung, die Geschichte zu reversieren. Der Nationalsozialismus war in dieser Hinsicht modernisierend und dynamisch mit einer breiten Verankerung in den antimarxistischen Elementen der neuen Mittelklasse.

1946 war ein außergewöhnliches Jahr. Die bürokratischen Strukturen der Parteien und Interessenvertretungen hatten sich noch nicht kristallisiert. Eine relativ hohe Zahl von Angehörigen des alten Mittelstandes und der Arbeiterschaft wurden Mandatäre, was die Restauration des alten Staates vor 1934 impliziert. Aber die Notwendigkeiten des Wiederaufbaues und die Besatzung zwangen die Parteien, ihre Konflikte jenseits von „Linzer Programm“ und „Korneuburger Eid“ zu regulieren. Unzufrieden mit dem politischen Monopol der Großparteien, versuchte ein Teil der Wählerschaft die „guten alten Tage“ der ideologischen Auseinandersetzungen wiederzubeleben. Nach dem Zerfall des VdU triumphierten Wachstumspakt und ökonomische Realität endgültig. Die Ära des Massenkonsums führte zu einer Abwendung von den Symbolen der Klassenunterschiede zwischen Arbeitern und Kapitalisten und zu einer Hinwendung zu Entscheidungsprozessen auf der Grundlage technokratischen Managements. Die Lagermentalität hatte noch immer ihre Effekte in der Mobilisierung der Wähler. Das Regime der Funktionäre und Bürokraten in den Parteien und Interessenvertretungen war kongruent mit dem Aufstieg des neuen Mittelstandes in der Gesellschaft.

7. Politische Betätigung

Eine unvollkommene indirekte Evidenz für den Vormarsch der Nationalsozialisten und die Partizipation der Linzer Gemeinderatsmandatäre stellen die Variablen „Politische Betätigung 1934–1938“ und „Politische Betätigung 1938–1945“ dar. (Tabelle 29 und 30) Die Implikationen der Tabelle 29 sind nicht überraschend. Die Affinität von Christlichsozialer Partei und „Klerikalfaschismus“ ist klar ersichtlich, ebenso die Ablehnung des Ständestaates durch Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Die Großdeutschen und die Heimwehrler konnten zum Teil zur Mitarbeit in der Vaterländischen Front gewonnen werden. Die Revolutionären Sozialisten scheinen keinen großen Einfluß in Linz gehabt zu haben.

Tabelle 29: Politische Betätigung 1934–1938 auf der Basis der Gemeinderatswahl 1931 (in Prozenten und absolut)

	SD		CS		GD		NS		HB	
Keine	81,6	31	13,3	2	—	—	—	—	12,5	1
Illegale NS	—	—	—	—	—	—	83,3	5	12,5	1
Revolutionäre Sozialisten	5,3	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Vaterländische Front	2,6	1	73,7	11	60	3	—	—	37,5	3
Heimwehr	2,6	1	—	—	—	—	—	—	37,5	3
Unbekannt	7,9	3	13,3	2	40	2	16,7	1	—	—
Summe	100	38	100	15	100	5	100	6	100	8

Eine Analyse der Tabelle 30 ergibt eine gewisse Affinität zwischen Großdeutschen und den Nationalsozialisten. Augenscheinlich ging sie nicht über eine bloße Mitgliedschaft in der NSDAP hinaus. Ein Teil der Heimwehrler arrangierte sich mit dem nationalsozialistischen Regime, andere waren — wenn auch inaktiv — Gegner des Regimes. Die nationalsozialistischen Mandatäre des Gemeinderates von 1931 tauchen als Angehörige der NS-Elite auf, wenn auch in den meisten Fällen nicht in Linz. Die Prozentsätze lassen auf eine zum Teil determinierte Opposition eines Großteils der sozialistischen Mandatäre schließen. Es gelang aber den Nationalsozialisten auch einige

zum Beitritt in die NSDAP zu bewegen. Kein Einbruch gelang dem Nationalsozialismus in die Reihen der christlichsozialen Mandatäre.

Tabelle 30: Politische Betätigung 1938—1945 auf der Basis der Gemeinderatswahl 1931 (in Prozenten und absolut)

	SD		CS		GD		NS		HB	
Keine	50,0	19	53,3	8	40,0	2	16,7	1	25,0	2
NS-Mitgliedschaft	13,1	5	—	—	40,0	2	—	—	25,0	2
NS-politische Elite	—	—	—	—	—	—	83,3	5	12,5	1
Aktiver NS-Opponent	10,5	4	6,7	1	—	—	—	—	—	—
NS-Opponent	26,3	10	40,0	6	—	—	—	—	37,5	3
Unbekannt	—	—	—	—	20,0	1	—	—	—	—
Summe	100	38	100	15	100	5	100	6	100	8

Die politische Verfolgung der Gemeinderäte von 1934 bis 1961 wurde in Tabelle 31 summiert. Die Mandatäre der extremistischen Parteien zeigen auf Grund ihres radikaleren Engagements auch die höchsten Prozentsätze der politischen Verfolgung. Mehr als die Hälfte der Vertreter der Vaterländischen Front und fast alle Ratsherren wurden politisch verfolgt. 58 % der Ratsherren erhielten langfristige Gefängnisstrafen oder wurden in Anhaltelager verbracht. Auch einzelne Kommunisten wurden schwer verfolgt. Überraschend ist aber auch die Zahl der politisch Verfolgten bei den Sozialdemokraten und bei den Mandatären der ÖVP. Der VdU war in der Tat die Partei der Mitläufer (41,7% kurzfristig eingesperrt) und der Unzufriedenen (37,5%).

Ein etwas anderes Bild zeigt Tabelle 32. Die vorsichtige Zurückhaltung der Mitglieder der Großparteien, sich im Widerstand zu engagieren, wird hier deutlich. Widerstandskämpfer gab es wenige unter den Mandatären, allerdings auch nur vereinzelte Kollaborateure. Nimmt man als Alternativen mitmachen, resignieren, bekämpfen oder emigrieren, so war Resignation die Norm, Widerstand und Emigration, aber auch Kollaboration die Ausnahme. Die ÖVP scheint gegenüber ehemaligen Nationalsozialisten gastfreundlicher als die SPÖ gewesen zu sein. Auch in dieser Tabelle springt ins Auge, daß der VdU und die FPÖ zwei verschiedene Parteien waren, der VdU eine Partei der Mitläufer, die FPÖ aber eine Partei, die es ehemaligen Mitgliedern der NS-Elite ermöglichte, ihre politische Karriere wieder aufzunehmen.

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Der Ausgangspunkt dieses dreiteiligen Projekts war der Versuch, den Linzer Gemeinderat als einen Mikrokosmos zu benützen, um Entwicklungen im makrokosmischen Ganzen, Österreich und im weiteren Sinne der westlichen Gesellschaft, zwischen 1880 und 1960 zu beleuchten. Der Verfasser hat sich bemüht, kein Sklave seiner Metapher zu werden und dessen eingedenk zu sein, daß eine Stadt keine perfekte Kopie eines größeren Sozialwesens ist, genausowenig wie eine Nation nur als Gemeinschaft großgeschrieben verstanden werden kann. In den drei Abschnitten der Arbeit wurde zwischen der Beschreibung der politischen Kräfte in Linz und der soziologischen Analyse von „background“-Daten der Linzer Gemeinderäte alterniert. Die einfache geschichtliche Analyse bedarf keiner besonderen Rechtfertigung. Anders ist es mit der soziologischen Analyse, die von Richtungsstreitigkeiten geplagt wird.

Theoretiker des Pluralismus haben die Tendenz, „background“-Studien kritisch zu beurteilen. Aus ihrer Perspektive können auch Eliten, die sozial unrepräsentativ sind, die Interessen der Mehrheit eines Gemeinwesens angemessen vertreten. Marxisten und andere radikale Theoretiker behaupten, daß selbst dort, wo Parteien miteinander in Konkurrenz liegen, die Eliten am Ende

Tabelle 32: Politische Tätigkeit 1938—1945 der 1946—1961 tätigen Gemeinderäte nach Parteizugehörigkeit (in Prozenten und absolut)

	1946			1949			1955			1961					
	SPÖ	ÖVP	KPÖ	SPÖ	ÖVP	WdU	KPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
Keine	65,0 26	60,9 14	50,0 1	60,0 18	55,0 11	20,8 5	50,0 2	75,7 28	68,4 13	—	33,3 1	83,3 30	80,0 16	—	25,0 1
Subsidiäre Org. NS	—	—	—	3,1 1	—	—	—	2,7 1	—	9,1 1	—	2,8 1	—	14,3 1	—
NS-Partei	2,5 1	4,3 1	—	—	15,0 3	54,2 13	—	—	10,5 2	45,5 5	—	—	15,0 3	57,1 4	—
NS-Politische Elite	—	—	—	—	5,0 1	4,2 1	—	—	—	36,4 4	—	—	—	14,3 1	—
Widerstandskämpfer	17,5 7	4,3 1	50,0 1	16,7 5	5,0 1	—	25,0 1	8,1 3	15,3 3	—	66,7 2	5,6 2	—	—	75,0 3
Opponent	15,0 6	30,4 7	—	16,7 5	20,0 4	—	25,0 1	10,8 4	5,3 1	—	—	5,6 2	5,0 1	—	—
Unbekannt	—	—	—	3,3 1	—	20,8 5	—	2,7 1	—	9,1 1	—	2,8 1	—	14,3 1	—
	100 40	100 23	100 2	100 30	100 20	100 24	100 4	100 37	100 19	100 11	100 3	100 36	100 20	100 7	100 4

eine Politik betreiben, die der großen Mehrheit der Bevölkerung zum Schaden gereicht. Aus dieser Perspektive werden die „background“-Daten zu hochprädictiven Indikatoren der Repräsentation gewisser enger Interessen. Andere wiederum argumentieren, daß die Sozialprofile der Eliten mehr über den Selektionsprozeß als über die Selektierten aussagen, d. h. Trends in den Charakteristiken der Eliten sind Indikatoren für Wandlungen der Sozialstruktur, auf welcher Politik und politische Entscheidungen beruhen. Der Verfasser nimmt unverfroren eine eklektische Position ein. „Background“-Daten sind prädictiv und auch Indikatoren sozialstruktureller Wandlungen, bedürfen aber detaillierter Fallstudien zwecks Verifikation.

Um die komplexen und manchmal widersprüchlichen Beziehungen zwischen Linz und dem größeren politischen Kosmos auszuleuchten, ist eine Rekapitulation der wesentlichen Merkmale der drei Perioden nützlich.

I. Der lange Konjunkturabschwung 1873—1896 politisierte den gewerblichen Mittelstand. Da der „Fortschritt“ keine Eile beim Schutz der gewerblichen Interessen zeigte, wandte sich der Mittelstand an den antiliberalen Staat und an die in Abkehr vom Liberalismus sich formierenden nicht-revolutionären Kollektivbewegungen. In Linz waren es die Deutschnationalen, die in ihrer Herausforderung der liberalen Herrschaft nach einer Massenbasis suchten und sich dem gewerblichen Mittelstand als Führungskader anboten. Nach 15 Jahren politischer Rückzugsgefechte wurde der Liberalismus vom Deutschnationalismus aufgesaugt. Die gesamtstaatliche protektionistische Gewerbeförderung strahlte auf Linz zurück und ermöglichte es dem gewerblichen Mittelstand, die kleinbetriebliche Wirtschaftsstruktur zu verstärken und ein beträchtlicher Machtfaktor in der Gemeindepolitik zu werden. Dissonanzen, die sich aus der Kontradiktion zwischen der zögernd einsetzenden Industrialisierung und der protektionistischen Gewerbeförderung ergaben, wurden durch den Antisemitismus übertönt. Die Impulse für die Wahlrechtsreform machten sich auch in Linz bemerkbar. Es gelang den nationalbürgerlichen Kräften, ihre Herrschaft zäh mit Hilfe des Privilegienwahlrechts gegen die erstarkende Sozialdemokratie zu verteidigen. Die Liberalen und Deutschnationalen zeigten sich unfähig, Massenparteien zu entwickeln. Der Antisemitismus der Deutschnationalen und die Prinzipien des Freisinns waren nur schwache Substitute für eine straffe Parteiorganisation. Die Qualifikationsstruktur des Linzer Gemeinderats vor dem Ersten Weltkrieg war jedoch adäquat, solange sich die Gemeindepolitik im Schutze statischer Kräfte, wie Privilegienwahlrecht, kleingewerbliche Betriebsstruktur und Industrie-feindlichkeit vollziehen konnte. Man kann schwer behaupten, daß die nationalbürgerliche Elite der Stadt Linz den Eintritt in das 20. Jahrhundert erleichtert hat.

II. Die Haupttendenzen der geschichtlichen Entwicklung Österreichs spiegeln sich auch in der Zwischenkriegszeit in Linz wider. Diese lagen in der Verstärkung des Einflusses der Parteien, in der Herausbildung des Verbandswesens, der Ausdehnung der politischen Rechte auf alle Staatsbürger und in einer nur zögernd übernommenen, bzw. völlig unterbliebenen Verantwortung für die soziale Sicherheit und für wirtschaftliches Wachstum. Vom Standpunkt eines langfristigen Modernisierungsprozesses stellt sich die Erste Republik als ein System von Ungleichzeitigkeiten dar, in dem etwa die Entwicklung zum Parteienstaat der Entwicklung zum Verbandsstaat vorausgeeilt war, während die Entwicklung zum Leistungsstaat gefährlich nachhinkte. Die Parteien waren ideologisch als Bürgerkriegsparteien angelegt, soziologisch aber bereits einem Verbeamtungsprozeß unterworfen. Religiöse Gesinnung erwies sich stärker als ökonomische Rationalität. Die Stärke der Parteien in parlamentarischen Gremien wurde durch ihre Unfähigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet neutralisiert. Differenzen zwischen Pragmatikern und Ideologen konnten nicht gelöst werden. Diese Tendenzen waren auch im Linzer Gemeinderat wirksam. Die Politisierung der Gesellschaft war sowohl ideologisch wie auch organisatorisch in der Form der Lagermentalität und dem hohen Grad der parteipolitischen Organisation der lokalen Wählerschaft weit fortge-

Tabelle 31: Politische Verfolgung, Gemeinderäte 1934—1961, nach Parteizugehörigkeit (in Prozenten und absolut)

	1934	1939	1946			1949			1955			1961					
	VF	NS	SPÖ	ÖVP	KPÖ	SPÖ	ÖVP	WdU	KPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
Keine	47,4 18	2,1 1	37,5 15	43,5 10	50,0 1	46,7 14	40,0 8	37,5 9	50,0 2	62,2 23	52,6 10	9,1 1	33,3 1	72,2 26	80,0 16	14,3 1	—
Gering	15,8 6	4,2 2	7,5 3	17,4 4	—	6,7 2	10,0 2	8,3 2	—	2,7 1	10,5 2	18,2 2	—	—	5,0 1	14,3 1	—
Kurzfristig Eingesperrte	13,2 5	31,3 15	25,0 10	13,0 3	—	30,0 9	20,0 4	41,7 10	—	18,9 7	26,3 5	45,5 5	—	11,1 4	10,0 2	28,6 2	—
Gefängnis und / oder KZ	18,4 7	58,3 28	12,5 5	8,7 2	50,0 1	6,7 2	15,0 3	4,2 1	25,0 1	5,4 2	5,3 1	27,3 3	66,7 2	5,6 2	—	42,9 3	100 4
Exil	—	—	—	—	—	—	—	—	25,0 1	2,7 1	—	—	—	2,8 1	—	—	—
Zwangspensio- nierung 34—38	—	—	10,0 4	—	—	3,3 1	—	—	—	5,4 2	—	—	—	2,8 1	—	—	—
Zwangspensio- nierung 38—45	5,3 2	—	2,5 1	17,4 4	—	3,3 1	15,0 3	—	—	2,7 1	5,3 1	—	—	5,6 2	5,0 1	—	—
Zwangspensio- nierung 34—45	—	—	5,0 2	—	—	3,3 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Unbekannt	—	4,2 2	—	—	—	—	—	8,3 2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	100 38	100 48	100 40	100 23	100 2	100 30	100 20	100 24	100 4	100 37	100 19	100 11	100 3	100 36	100 20	100 7	100 4

schritten. Obwohl die gegenseitigen Feindbilder Unversöhnlichkeit implizierten, zeigte die politische Praxis in Linz und Oberösterreich gemäßigte Züge im Sinne einer elitären Übereinstimmung, daß gewaltsame Mittel der Konfliktregulierung nicht erlaubt seien. Nicht eine Absage an den Klassenkampf, sondern die Übereinstimmung der Eliten, den Klassenkampf mit friedlichen Mitteln auszutragen, war das Geheimnis des gemäßigten oberösterreichischen Klimas. Dieser personelle Faktor war aber letzten Endes machtlos, den Trend zu autoritären Lösungen der gesellschaftlichen Spannungen aufzuhalten. Die gemäßigte Elitenkultur konnte einen historischen Wandel vielleicht hinauszögern aber nicht verhindern. Aus der soziologischen Analyse ergaben sich folgende Schlüsse: kein Abbau von ideologischen Inhalten, ein Verbeamtungsprozeß der Parteien und bereits bestehende Verflechtung von politischen und Verbandsfunktionären. Der Parteibeamte oder Parteiangestellte löste den Typus der Honoratioren ab. Der Schlüssel zum Verständnis der Politik dieser kritischen Jahre liegt in der Unfähigkeit der etablierten Parteien, den neuen Mittelstand zu integrieren. Die Anfälligkeit des neuen Mittelstandes für radikale Lösungen wird aus dieser Blockade seiner Fähigkeiten verständlich, wenn auch nicht entschuldbar.

Der politischen Radikalisierung im Jahr 1933 in Linz ging der Zusammenbruch zivilisierter Politik auf nationaler und internationaler Ebene voraus. Der Versuch, das kapitalistische System durch den Ständestaat zu reformieren, war ein Mißerfolg. Der Ständestaat versagte in den drei wesentlichen Zielsetzungen eines jeden Gemeinwesens, nämlich Integration, Leistung und Partizipation. Die NS-Periode kombinierte ökonomische Leistungsfähigkeit mit atavistischen Zielsetzungen, die zu einer Disintegration und mangelnder Partizipation führten. Diese Periode gab jedoch Impulse für die dynamische, wenn auch unebene ökonomische Entwicklung der Stadt.

III. Im Kontrast zur Zwischenkriegszeit errang der Sozialismus in der verstaatlichten Industrie, aber auch in den expandierenden Interessenvertretungen eine Machtbasis. Die Fusion der restaurierten liberalen Demokratie mit einer konzentrierten Form des Kapitalismus führte zur Assimilierung des Sozialismus in die kapitalistische Gesellschaft. Konfrontiert mit dem Problem, das Wachstum zu sichern, wurden ideologische Skrupel beiseite geschoben. Der Wachstumspakt zwischen den Großparteien und den großen Interessenvertretungen warf den eisernen Käfig ökonomischer Rationalität über die emotionalen und ideologischen Überbleibsel der Zwischenkriegszeit und verbürgte Stabilität durch Integration und Wachstum. Dies war das große Verdienst der Ära Koref.

Die Personalunion von Kammer-, Gewerkschafts- und Parteifunktionären konstituierte ein Sicherheitsnetz für die liberale Demokratie. Die Basis für diese Austauschbarkeit von Kammersekretären, Gewerkschaftsfunktionären und Parteiangestellten war der allgemeine Verbeamtungsprozeß, der gewisse Rollenerwartungen produzierte, die die ökonomische und politische Rationalität absicherten. In einer sich rapid modernisierenden Stadt wie Linz liegen die notwendigen Fähigkeiten auf bürokratischer Ebene. Diese wurden hauptsächlich vom neuen Mittelstand repräsentiert. Der Aufstieg des neuen Mittelstandes in Linz ist eng mit dem Aufstieg der sogenannten Technodemokratie verbunden, die ihrerseits wieder Teil eines großen historischen Prozesses ist: die Integration Österreichs in das westliche industrielle System oder der „zweite Anschluß“. Im Gegensatz zum ersten erfolgte der „zweite Anschluß“ unter demokratischen Auspizien und versprach ein Mindestmaß an Pluralismus zu bewahren. Die politischen Heilsbringer, die eine Gesellschaft, die sich hauptsächlich auf Massenkonsum ausrichtete, beklagenswert finden, vergessen, daß die große Mehrheit der Österreicher (und Linzer) die Zeit des Wachstumspaktes den psychologischen und ökonomischen Unsicherheiten der Zwischenkriegszeit vorzogen. Es war jedoch ein Preis dafür zu bezahlen. Der Preis einer verringerten Partizipation ist natürlich offensichtlicher in den achtziger Jahren als in den fünfziger und sechziger Jahren; besonders aus der Perspektive junger Österreicher, die eine Alternative zur Sozialpartnerschaft suchen, und der Theoretiker, die die Existenz einer Legitimationskrise der liberalen Demokratie diskutieren.